

SAGW-Bulletin

1 | 2020

UN
GLEICH
HEIT

IN
ÉGAL
ITÉ



ASSU Accademia svizra da ciencias humanas e sociais
SAHS Swiss Academy of Humanities and Social Sciences

SAGW Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
ASSH Académie suisse des sciences humaines et sociales
ASSU Accademia svizzera di scienze umane e sociali

Ding hat Geist: Das unscheinbare Handy-Etui **S. 10**

Gender matters! Le genre comme élément crucial de la production des inégalités **p. 41**

Mitte und Mittelmass: zwischen privilegierter Gleichheit und kompetitiver Differenz **S. 45**



Generalsekretariat der SAGW

Generalsekretär

Dr. Markus Zürcher

Stv. Generalsekretär

Dr. Beat Immenhauser

Leiter Personal und Finanzen

Tom Hertig

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen

Lea Berger, MA Social Sciences

Dr. phil. Manuela Cimeli

Dr. phil. Marlene Iseli

Fabienne Jan, lic. ès lettres

Elodie Lopez, MA of Arts

Öffentlichkeitsarbeit

Beatrice Kübli

Dr. Heinz Nauer

Personal/ Finanzen

Eva Bühler

Christine Kohler

Administration

Gabriela Indermühle

Gilles Nikles

Schweizerische Akademie

der Geistes- und Sozialwissenschaften

Haus der Akademien

Laupenstrasse 7

3008 Bern

T 031 306 92 50

www.sagw.ch

E-Mail: sagw@sagw.ch

E-Mail an die Mitarbeiter/-innen:

vorname.nachname@sagw.ch

Ungleichheit – *Inégalité*



Johnny Miller, *Mumbai*, 2017, Drohnenfotografie

Editorial

Reflexionswissen in Zeiten des Virus

Vielleicht sollte man sich an Winston Churchill halten, der sagte: «Never let a good crisis go to waste.» Was das in der gegenwärtigen Situation bedeuten könnte, ist aber noch unklar. Das Virus ist in diesem Heft, abgesehen von diesem ersten Absatz und einer weiteren Ausnahme, folglich kein Thema. Die meisten Texte waren, als sich die Lage Mitte März zuspitzte, bereits geschrieben.

Es gibt in diesen Tagen zwar viel zu sehen, aber für Geistes- und Sozialwissenschaftler noch wenig zu sagen, was über die unmittelbar eigene Erfahrung hinausgeht. Die primären Effekte der Krise für Wirtschaft und Gesellschaft sind gerade jetzt bei Redaktionsschluss noch kaum zu überblicken, die möglichen sekundären Effekte auf Institutionen, Zusammenleben, kulturelle Innovation, digitale Kommunikation oder gar sozioökonomischen Auf- und Abstieg noch viel weniger.

Ungleichheit – Inégalité

Gesellschaftliche Ungleichheit sei nicht ökonomisch oder technologisch bedingt und schon gar kein Naturgesetz, sondern letztlich die Folge von bestimmten, sich historisch wandelnden Ideologien und politischen Systemen und Praktiken, schreibt Thomas Piketty in seinem monumentalen Werk «Capital et Idéologie» (2019), das als Ausgangspunkt für die verschiedenen Beiträge des Dossiers in diesem Bulletin geplant war.

Man hätte auch einen anderen Startpunkt wählen können, etwa Pierre Bourdieus und Jean-Claude Passerons bereits vor 50 Jahren erschienenen Werk «La reproduction» (auf Deutsch: «Die Illusion der Chancengleichheit»), in dem eine soziale Reproduktion via Bildungswesen konstatiert wird (wobei Bourdieus eigene Biografie – aus einfachem Elternhaus zum anerkannten Professor der Soziologie – der These zuwiderläuft); oder beim Essay «Qui a tué mon père?»

(2018), in dem der französische Philosoph Édouard Louis die strukturelle Gewalt der Klassengesellschaft und die fehlende soziale Durchlässigkeit in seinem Heimatland anprangert; oder auch bei der (gemässigten) Diskussion zur sozialen Selektivität im Bildungswesen in der Schweiz, der unter anderem ein 2018 publizierter Bericht des Wissenschaftsrats neuen Schub verlieh.

Die Autorinnen und Autoren haben nochmals ganz andere Ausgangspunkte gewählt und eigene, manchmal gerade, manchmal verschlungene Wege durch das Megathema gesucht, die von den Thesen Pikettys weg- und nur manchmal wieder zurückführen, sich unterwegs aber immer wieder kreuzen.

Fake, Fakten, Reflexion

Die Zukunft der Vermittlung von Wissenschaft bestehe nicht in «Fact News versus Fake News», sondern in «Reflexionswissen versus Faktenglauben». Dies schreibt der Wissenschaftsjournalist Urs Hafner in einem Buch zur Wissenschaftskommunikation der Schweizer Hochschulen, das im März im Verlag Hier und Jetzt erschien und für die eine oder andere Kontroverse sorgen dürfte (Rezension auf Seite 14). Eine bedenkenswerte Leitlinie auch für das SAGW-Bulletin, finden wir, der wir mit dieser Ausgabe, hoffen wir, durchaus entsprechen.

Heinz Nauer
Redaktor

5 Editorial

Fokus Focus

8 Wohnen im Alter

Beatrice Kübli

10 Ding hat Geist

Tobias Brücker

12 **L'apport des sciences humaines
et sociales à l'innovation**

Dominique Vinck

14 **Rezension zu «Forschung
in der Filterblase»**

Heinz Nauer

16 Carte blanche

Sandro Cattacin

Dossier UNGLEICHHEIT INÉGALITÉ

18 Vorschau

19 Einleitung

Monica Budowski

22 **Wer hat, dem wird vererbt?**

Marius Brühlhart

25 **Du lobbying discret à la rhétorique
de la délocalisation**

*Felix Bühlmann, André Mach,
Stéphanie Ginalski, Thomas David*

29 Bildessay

Johnny Miller

38 **Dynamiken der Globalisierung oder die
Suche nach Gerechtigkeit in den Ruinen
des Kapitalismus**

Sabine Strasser



Abstimmung an der Delegiertenversammlung der SAGW 2019. Die diesjährige Versammlung wurde auf den 12. September verschoben.

41 **Gender matters! Le genre comme
élément crucial de la production des
inégalités**

Janine Dahinden, Martine Schaer

45 **Mitte und Mittelmass:
zwischen privilegierter Gleichheit
und kompetitiver Differenz**

Stefan Groth

48 Parole dalla ricerca

Dario Petrini

50 **Unterschiedliche Wahrnehmung
der Umwelt**

Laurent Zecha

Netzwerk Réseau

56 **Personalia**

60 **Publications et projets**

66 Das letzte Wort

Florian Müller

FOKUS *FOCUS*

Fokus – Focus

Wohnen im Alter

Beatrice Kübli

Im Alter können alltägliche Dinge schwierig werden. Die Treppe zur Wohnung, die 500 Meter bis zur nächsten Bushaltestelle, die Hektik im Strassenverkehr – was früher keinen Gedanken wert war, wird plötzlich zur Belastung. Anpassungen in der Umgebung können Entlastung bieten. Viele Gemeinden haben bereits eine spezifische Alterspolitik, wie eine von der SAGW in Auftrag gegebene Studie zeigt. Aber es besteht noch Handlungsbedarf.

Fast jede fünfte Person in der Schweiz ist über 65 Jahre alt. Der Anteil der Seniorinnen und Senioren hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Mit dem Wandel in der Altersstruktur ändern sich auch die Bedürfnisse und die Ansprüche an die Umgebung. Möglichst lange selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden zu leben, ist nicht nur der Wunsch vieler Rentnerinnen und Rentner, sondern entlastet auch das Gesundheitssystem. Was können Gemeinden tun, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie eine gute Lebensqualität ermöglichen? Wie können Umwelt und Räume so gestaltet werden, dass auch ältere Menschen ihr Leben nach ihren Vorstellungen und Zielen führen können? Und was wird bereits getan? Um das herauszufinden, gab die SAGW die Studie «Altersfreundliche Umgebungen in der Schweiz» in Auftrag. Den Referenzrahmen bildete das Konzept der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 2015 zu «altersfreundlichen Umgebungen».

Alterspolitik ist in vielen Gemeinden ein Thema

Es zeigte sich, dass das Alter in vielen Gemeinden bereits ein Thema ist. Rund die Hälfte der Gemeinden verfügt über eine Stelle oder eine verantwortliche Person für die Alterspolitik, wobei diese in urbanen Gemeinden umfassender ausgestaltet ist als auf dem Land. Im Vordergrund stehen Kernaufgaben wie Pflege und Betreuung, soziale Integration sowie gesellschaftliche Partizipation. Für Pflege und Betreuung arbeiten rund 50 Prozent der Gemeinden mit anderen Gemeinden, Städten oder zivilgesellschaftlichen Partnern zusammen.

Dieser Bereich ist am stärksten ausgebaut. Auch für die Integration und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird einiges getan. Direkte Mitgestaltungs- und Austauschmöglichkeiten sind jedoch noch selten. Die Partizipation erfolgt eher durch die Mitarbeit in Vereinen oder in Alterskommissionen. In der Berner Gemeinde Lyss beispielsweise unterstützt ein Seniorenrat den Gemeinderat. Er setzt sich aus Personen aus Alters-, Gesundheits-, sozialen und kirchlichen Organisationen aus sowie engagierten Frauen und Männern aus der Gemeinde zusammen. Der Seniorenrat äussert sich zu Vernehmlassungen und ist Kontaktstelle für Generationenprojekte. Auch die Gemeinde Chavannes-près-Renens im Kanton Waadt setzt ein intergenerationelles Forum ein, um Bürgerinnen und Bürger aller Altersklassen an wichtigen Entscheiden der Gemeinde teilhaben zu lassen.

Handlungsbedarf im Bereich Wohnen

Den grössten Handlungsbedarf orten die Gemeinden unter anderem im Bereich Wohnen. Dazu gehören insbesondere der bezahlbare und altersgerechte Wohnraum. Dabei ist nicht nur die Wohnung an sich entscheidend, sondern auch die Umgebung, wie 2019 eine Erhebung im Age Report IV zeigte. Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe, gute Kontakte zu den Nachbarn und Grünflächen sind wichtiger für die Wohnzufriedenheit als die Merkmale der Wohnung. Der Soziologe François Höpflinger warnt in einem Blogbeitrag vor einem alleinigen Fokus auf die Wohnungsmerkmale, denn «eine altersgerechte Wohnung ohne hindernisfreien Zugang zur Wohnung verstärkt nur den sozialen Rückzug in die eigene Wohnung».¹

Aber schon nur altersgerechte Wohnungen zu finden, ist schwierig. Nur wenige entsprechen den Kriterien und die Wohnungsmärkte sind angespannt. Eveline Althaus und Angela Birrer vom ETH Wohnforum weisen noch auf eine ande-

1 Höpflinger, François: Altersfreundliche Umgebung – aus Sicht älterer Menschen, in: SAGW-Blog, 21.02.2020.



Eine altersfreundliche Wohnumgebung, die Möglichkeiten zu sozialen Kontakten, Grünflächen und eine gute Infrastruktur bietet, ist wichtiger als die Merkmale der Wohnung selbst.

re Problematik hin: Für ältere Menschen auf Wohnungssuche stellen teilweise auch die Verwaltungsabläufe eine Überforderung dar. Sie empfehlen daher, «mehr Zeit für Entscheidungen und analoge Bewerbungen zu lassen».²

Zudem sollten bestehende Liegenschaften an die neuen Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung angepasst werden, und zwar sowohl im inneren Wohnbereich wie auch im äusseren Zugang. Der Umbaubedarf ist hoch. Aber bereits kleinere Massnahmen wie Handläufe und Rampen können helfen. Hier sind die Liegenschaftsverwalter und die Eigentümer gefragt. Im 2019 vom ETH Wohnforum publizierten Bericht «Zuhause alt werden. Chancen, Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für Wohnungsanbieter» nennen Althaus und Birrer zwölf Handlungsfelder, darunter auch soziale Ansprechpersonen oder Notrufsysteme.

Freundliche Umgebungen für alle

Von einer altersfreundlichen Wohnumgebung profitieren letztlich nicht nur die Seniorinnen und Senioren, sondern die ganze Bevölkerung. Auch für Familien mit Kinderwagen sind hindernisfreie Zugänge eine Erleichterung. Und gute Nachbarskontakte, viel Grünfläche und nahe liegende Einkaufsmöglichkeiten werden ebenfalls von anderen Altersgruppen geschätzt.

Fest steht: Schon mit kleinem Budget lässt sich einiges tun. Aber wie können altersfreundliche Umgebungen konkret umgesetzt werden? Eine breite Auslegeordnung wird im September die nationale Tagung «Altersfreundliche Umgebun-

gen: integrierte Wohn- und Sozialräume als Chance für alle!» vornehmen, welche die SAGW gemeinsam mit der «a+ Swiss Platform Ageing Society» organisiert (siehe unten).



Beatrice Kübli ist Kommunikationsverantwortliche der SAGW.

Literatur

- Althaus, Eveline und Angela Birrer (2019): Zuhause alt werden. Chancen, Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für Wohnungsanbieter, Zürich.
- Höpflinger, François, Valérie Hugentobler und Dario Spini (2019): Age Report IV. Wohnen in den späten Lebensjahren. Grundlagen und regionale Unterschiede, Zürich.

Bericht und Tagung

Der Bericht «Altersfreundliche Umgebungen in der Schweiz» liefert erstmals eine gesamtschweizerische Bestandsaufnahme zur strategischen Altersarbeit in den Schweizer Gemeinden. Er ist im Auftrag der «a+ Swiss Platform Ageing Society» und in Zusammenarbeit mit SAGW, dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband entstanden und beruht auf einer Onlineumfrage, an der sich 927 der insgesamt 2222 Gemeinden in der Schweiz (Stand 2018) beteiligten.

Am 14. September 2020 findet in Bern die nationale Tagung «Altersfreundliche Umgebungen: integrierte Wohn- und Sozialräume als Chance für alle!» statt, welche die SAGW derzeit im Auftrag der «a+ Swiss Platform Ageing Society» vorbereitet: Neben anderen Formaten liegt ein besonderer Akzent auf einem «Marktplatz», auf dem Best-Practice-Projekte aus der ganzen Schweiz vorgestellt werden.

² Althaus, Eveline und Angela Birrer: Zuhause alt werden: was Wohnungsanbieter tun können, in: SAGW-Blog, 03.03.2020.

Ding hat Geist

Das unscheinbare Handy-Etui

Tobias Brücker



Bundeskriminalpolizist Kägi zeigt den Medien das Handy-Etui der Verschwundenen (aus der SRF-Serie «Wilder»).

Handy-Etuis sind unscheinbare Mitbewohnende unseres Alltags. Auf den ersten Blick schützen sie bloss die Smartphones. Doch die Etuis regulieren den Zugang zum Bildschirm und betreiben damit fleissig unsere digitale Diät.

Handy-Etuis und Handy-Hüllen sind omnipräsent: Je nach Umfrage schützen bis zu 90 Prozent der Smartphone-Besitzenden ihre Geräte mit einer Hülle oder einem Etui. Eine ganze Industrie hat sich gebildet, deren Brands – Belkin, OtterBox, Spigen – bis heute im Schatten von Apple, Samsung und Huawei stehen. Ich werde mich auf das Handy-Etui beschränken. Dieses

hat entgegen seiner Verbreitung noch keinen Duden-Eintrag, weshalb ihm hier eine Definition zuteilwerden soll: Handy-Etuis sind typischerweise rechteckig und haben einen ausgesparten Hohlraum, der die Smartphones passgenau aufnehmen kann. Im Unterschied zu Handy-Hüllen umschliessen Handy-Etuis auch die Vorderseite. Sie erlauben keinen oder nur partiellen Zugang zum Touchscreen des Smartphones.

Handy-Etuis als Ausdruck von Sorge und Individualität

Was einem lieb ist, das wird umsorgt. In unserer hybriden Welt aus menschlichen und nicht menschlichen Akteuren trifft dies auf technologische Gegenstände besonders zu. Das Smartphone ist stets zur Hand, nah an unserem Körper und verwoben in unsere Mitteilungs- und Orientierungspraktiken.

Zudem wird das serielle Markenprodukt Smartphone durch das Etui personalisiert. Es wird damit zum Unikat, was wiederum die Einzigartigkeit seiner Träger unterstreicht. Bezeichnenderweise werden in der populären SRF-Serie «Wilder» nach einer Entführung der Öffentlichkeit vier Gegenstände der Vermissten präsentiert: ein Selfie, ein silberner Schal, schwarze Handschuhe und – das Handy-Etui. Individualisieren wir uns am Smartphone oder an seinem Etui? Hat sich das Handy-Etui heimlich in die kulturelle Vorstellung der Identität geschmuggelt?

Das Etui als digitale Diät

Smartphones haben über die letzten Jahre alle Tasten verloren. Der Bildschirm quillt schon über die Ränder hinaus und drängt auf die Rückseite. Alles ist «touch» und allzeit bereit, mit unseren Körpern piepsend, vibrierend, leuchtend im Dauerkontakt zu stehen. Diese technologischen Fähigkeiten werden durch das Handy-Etui ins Dunkel des Leders verbannt.

Fortan bestimmen die Smartphone-Besitzenden durch Öffnen und Schliessen des Etuis, wann sie on- und offline sein wollen. Diese Mechanik entspricht der antiken Kodexform, also dem Buchformat: Mit dem Öffnen des Buches tauchen die Lesenden ein in eine andere Welt des Wissens und der Fantasie. Und mit dem Schliessen des Buches werden die bedeutungsheischenden Buchstaben wieder stillgestellt. Doch das Handy-Etui schützt uns nicht bloss vor Informationen, sondern auch vor dem eigenen Kommunizieren. Zum Vergleich: Ein ständig offenes Notizbuch ist nur schwer auszuhalten. Die blanken Seiten fordern Einträge und halten unser Denken angespannt.

Zudem erschliesst das Etui weitere analoge Praktiken: So finden sich in Handy-Etuis mitunter Schlitz für Geldscheine, Passfotos, Kreditkarten oder Kosmetikartikel. Das Smartphone steht dadurch nicht länger im Mittelpunkt, sondern teilt sich den Raum mit anderen Dingen. Das altgediente Münzfach – ein bald geistloses Ding? – hat einmal mehr das Nachsehen.

Das Handy-Etui gibt unserer Beziehung mit dem eigenen Smartphone einen individuellen Rhythmus und setzt durchlässige Grenzen. Es lässt uns die digitale Anbindung individuell gestalten. Damit wird eine zentrale Komponente von digitaler Medienkompetenz ersichtlich, die eben nicht bloss darin liegt, irgendeine Software virtuos zu beherrschen oder zu programmieren, sondern das

Digitale massvoll in den Alltag zu integrieren und sich dabei wohlfühlen. Das Handy-Etui reiht sich somit in die vielfältigen Mittel der digitalen Diät, verstanden als Lebensweise, ein. Diäten entfalten ihre Wirkung bekanntlich dann am besten, wenn sie gar nicht wahrgenommen werden.

Verdinglichen des Geistes aus den Geisteswissenschaften

Der Philosoph Martin Heidegger meinte einst: «Das unscheinbare Ding entzieht sich dem Denken am hartnäckigsten».¹ Heidegger hat mit Dingen aber nicht Alltagsgegenstände gemeint. Letztere sind bei ihm bloss «Zeug», weshalb ihm das Handy-Etui entgangen wäre. In der Trennung von zweckhaftem Zeug und An-sich-seiendem-Ding zeigt sich eine bis heute anhaltende philosophische Ignoranz gegenüber materialen Praktiken. Gerade Alltagsgegenstände helfen uns, nicht in die alte geisteswissenschaftliche Grube («das Wesen des Smartphones») zu fallen, sondern Dinge durch ihren Gebrauch zu verstehen. Dazu muss das scheinbar geistige Denken sich aber seiner materialen und sinnlichen Dimensionen gewahr werden: Ding hat Geist – und Geist hat auch Ding.



In dieser Rubrik machen Kulturwissenschaftler ein alltägliches Ding zum Gegenstand ihrer Überlegungen. In dieser Ausgabe: «das Handy-Etui».

Zum Autor

Tobias Brücker ist promovierter Kulturwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Zürcher Hochschule der Künste. Er interessiert sich für Diätetik, Autorschaft, Populärkultur und Kreativitätstechniken in der Philosophie und in den Künsten.



1 Heidegger, Martin (1980): Der Ursprung des Kunstwerks, in: ders., Holzwege, Frankfurt a.M. S. 1–72, hier S. 16.

L'apport des sciences humaines et sociales à l'innovation

Dominique Vinck

Jusqu'à présent, il n'y a guère eu de rapports substantiels sur la contribution déterminante, bien que souvent mal identifiée, voire invisible, des sciences humaines et sociales à l'innovation. Par son étude « L'apport des sciences humaines et sociales à l'innovation en Suisse », parue dans le cadre du rapport « Recherche et innovation en Suisse 2020 », le Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI) vient combler partiellement cette lacune. Le présent article livre un commentaire sur cette étude indispensable et exemplaire, en dépit de ses limites.

Innover est devenu un nouvel impératif, associé à l'idée de progrès. Personne ne peut y échapper. Alors que le terme désignait auparavant un comportement déviant, arrogant et subversif, menaçant la vie en société et ses fragiles équilibres, il est connoté aujourd'hui positivement. L'innovation embarque désormais l'industrie, les politiques, les citoyens, la jeunesse en particulier, et la recherche, y compris dans les sciences humaines et sociales (SHS). S'interroger sur la contribution de celles-ci à l'innovation fait donc sens. C'est le premier mérite du rapport « L'apport des sciences humaines et sociales à l'innovation en Suisse » de Hugues Jeannerat, Olivier Crevoisier, Gaël Brulé et Christian Suter.

Une invention ne devient innovation que si la société s'en empare

De quoi parle-t-on ? Au début du XX^e siècle, l'innovation est considérée comme l'introduction d'une pensée, d'un comportement ou d'un objet nouveau. Alors que l'invention est la création d'une nouveauté, l'innovation concerne son

intégration dans la société pour qu'elle en tire un bienfait. Pour passer de l'une à l'autre, beaucoup de travail doit être fait (articulation à un besoin, adaptation aux situations concrètes, construction d'un savoir-faire et d'une organisation qui conviennent, etc.), ce qui relève des sciences du gouvernement, de l'éducation, du travail, de l'organisation, de la société et de la communication. Depuis un siècle, les SHS sont ainsi convoquées dans l'administration publique et dans l'entreprise pour concevoir, préparer, accompagner et évaluer l'innovation.

À partir des années 1940, le terme innovation prend la place des notions de « changement » et de « modernisation ». L'innovation est prônée comme la solution aux problèmes économiques et à la compétition entre États. Elle est alors réduite à l'idée d'innovation technologique, pensée comme commercialisation d'une invention. Ce réductionnisme nous aveugle jusqu'à aujourd'hui, en nous faisant oublier que bien des innovations ne sont pas technologiques, et en ne nous sensibilisant pas aux aspects non technologiques pourtant déterminants. Une invention, aussi géniale soit-elle, ne devient innovation que si la société s'en empare et en fait quelque chose. Ces deux points aveugles sur l'innovation justifient la pertinence d'un tel rapport sur la place des SHS dans l'innovation. Il montre que ces sciences jouent un rôle important, bien qu'invisible (à cause d'une conception erronée de l'innovation et d'indicateurs inadéquats) ; il fournit données, comparaisons internationales, cas exemplaires en Suisse, ainsi qu'un solide examen critique des grandes enquêtes sur l'innovation.

L'apport des sciences humaines et sociales aux différents types d'innovation

Le rapport distingue trois types d'innovation (techno-productive, culturelle et sociale) qu'il documente en qualifiant le rôle qu'y jouent les SHS. Cela est évident pour l'innovation culturelle, qui dépend de la construction d'un sens partagé (cf. le bel exemple des labels comme innovations conceptuelles et organisationnelles), et pour l'innovation sociale, qui repose sur la construction de solutions par et pour la société. C'est aussi le cas pour l'innovation techno-productive, dont la valeur ajoutée ne vient pas seulement de la fonctionnalité intrinsèque des produits, mais aussi du sens et de l'usage qu'en construit la société. Le rapport insiste sur les contributions des SHS au niveau : de l'organisation des dynamiques d'innovation (dans l'industrie et entre institutions) ; de la construction et de l'attribution d'un sens à la nouveauté ; de l'encadrement de l'innovation et de l'évaluation et de la répartition de ses bienfaits et méfaits ; et de la mise en parole et en débat de la nouveauté sans laquelle la société ne peut se l'approprier (ce qui est le cas de la majorité des inventions).

En dépit de ses lacunes, un rapport pertinent et nécessaire

Sur tous ces points, le rapport est exemplaire, mais il pêche par défaut. Il ne traite ni des régimes de promesses qui entourent les nouveautés ni de leurs effets que la société doit réguler et que les SHS sont en mesure d'analyser. Il traite peu (sauf à propos des grands enjeux planétaires) du travail fondamental de connaissance de la société, de ses évolutions, problèmes et besoins, qui permet de fonder des politiques d'innovation ; or, les SHS ont justement pour mission de produire de la connaissance sur la société. Par ailleurs, le rapport ne traite pas du fait qu'une invention technique, sans construction de modes opératoires, d'un savoir-faire et d'une organisation ad hoc, de mécanismes de régulation et d'une utilité effective pour les utilisateurs, peut difficilement devenir innovation. En outre, les nouveautés, à leurs débuts, connaissent des échecs par méconnaissance de ce que les utilisateurs vont effectivement en faire. Ceux-ci inventent les usages effectifs des technologies, ce qui suppose d'être analysé. Souvent, les inventions reposent sur des hypothèses non testées concernant la société et les utilisateurs, tandis que les technologies (p. ex. les architectures informatiques) sont aussi de la politique qui mérite analyse. Sans cette connaissance, il y a surtout des inventions qui restent sur les étagères. Selon l'économiste américain von Hippel, l'investissement (financier et en travail) des utilisateurs afin d'adapter la nouveauté et son environnement l'un à l'autre, représente la moitié des dépenses de recherche et développement de produits aux États-Unis. Enfin, le rapport souligne à juste titre l'innovation dans l'administration publique, mais il sous-estime l'innovation dans les pratiques

de soin, les pratiques policières, les politiques sociales et la maintenance des infrastructures qui assurent tant de sécurité, ainsi que dans les associations militantes.

Ces limites ne font que souligner la pertinence de ce rapport qui fait aussi d'utiles recommandations quant aux chantiers à engager, notamment sur les indicateurs, auxquels nous ajouterions volontiers les doubles cursus, très appréciés des employeurs. En bref, il faut absolument lire cette étude et la mettre en discussion au sein des SHS, des MINT, des administrations, des associations et des entreprises.

Référence

Jeannerat, Hugues, Olivier Crevoisier, Gaël Brulé et Christian Suter (2020) : L'apport des sciences humaines et sociales à l'innovation en Suisse. Publié par le Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI), Berne.

DOI

10.5281/zenodo.3709166

L'auteur

Dominique Vinck est professeur ordinaire à l'Université de Lausanne, où il dirige l'Institut des sciences sociales. Il enseigne également à l'EPFL dans le cadre du Collège des Humanités. Sociologue des sciences et de l'innovation, il s'intéresse particulièrement aux articulations entre sciences, techniques et sociétés, en privilégiant notamment une approche ethnographique.



Colloque

Colloque « Les sciences humaines et sociales et l'innovation »

En collaboration avec l'Université de Neuchâtel, l'ASSH organise un colloque pour poursuivre la réflexion autour des quatre principales fonctions des SHS au cœur du système d'innovation suisse présentées par les auteurs de l'étude du SEFRI : entreprendre, donner du sens, encadrer et co-innover. Le débat portera notamment sur la manière dont les SHS peuvent être non seulement « facilitatrices » (enabling sciences) mais également « créatrices » d'innovations.

La manifestation aura lieu le 19 mai dans l'après-midi. Sous quelle forme est encore ouverte.

Reflexions- wissen versus Fakten- glauben

Heinz Nauer

Urs Hafner seziert im Buch «Forschung in der Filterblase» die Wissenschaftskommunikation der Schweizer Hochschulen. Sie kultiviere ein paternalistisches Verständnis von Wissenstransfer, stehe im Bann des Reputationsmanagements und verwechsle allzu oft institutionelles Marketing mit Wissenschaftskommunikation. Die Alternative zur Informationsflut auf Social Media liege nicht in der Kommunikation von Fakten, sondern darin, reflexives Wissen anzuregen.

Das Buch hat «den Anspruch, eine dichte Beschreibung der wissenschaftskommunikativen Landschaft der Schweiz zu liefern» (S. 16). Der Autor Urs Hafner, freischaffender Historiker und Journalist und von 2007 bis 2014 beim Schweizerischen Nationalfonds selbst als Wissenschaftsredaktor tätig, schöpft aus der einschlägigen Literatur, analysiert Websites und Magazine und stützt sich auf gut drei Dutzend Interviews mit Kommunikationschefs von Schweizer Hochschulen, ausgewählten Wissenschaftsjournalisten und kommunikationsaffinen Professorinnen. Ergänzend befragte er die Hochschulen in einer Umfrage über ihren Social-Media-Gebrauch.

Seine Ergebnisse zeigen: Die Hochschulen funktionieren in ihrer Kommunikation ganz unterschiedlich, die Wirtschaftskaderschmiede in St. Gallen anders als die Volluniversitäten in Zürich oder in Basel, die kleinen Univer-

sitäten in Neuenburg und in Luzern anders als die beiden ETH. Vielen Universitäten in allen Landesteilen gemeinsam sei indes ihr Bestreben, ohne wissenschaftsjournalistische Vermittlung direkt mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Als Vorbild diene vielen die EPFL Lausanne, die mit 13 Vollzeitstellen die grösste Wissenschaftsredaktion der ganzen Westschweiz unterhält und gerade dabei sei, sich in ein multimediales, auf Wissenschaft spezialisiertes Medienhaus zu transformieren. Besonderes Gewicht legt Urs Hafner in seiner Untersuchung auf die sozialen Netzwerke, die für alle Kommunikationsabteilungen ein dominantes Thema sind. Der Autor selbst bleibt gegenüber dem Nutzen der sozialen Netzwerke skeptisch: Die Revolution der Social Media produziere einen Erwartungsüberschuss und münde in Community Building, die mit Wissenschaftskommunikation letztlich nicht mehr viel zu tun habe, lautet eine seiner Thesen.

Die vergessenen Anfänge

Der Autor legt nicht nur den Finger auf wunde Stellen, sondern weiss die Kommunikation der Hochschulen auch in ihren grösseren Kontext einzuordnen. Zum einen beleuchtet er den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in ihrer historischen Dimension. Die «vergessenen Anfänge»

der Wissenschaftskommunikation sieht Hafner bei den Naturforschern des 17. Jahrhunderts, die noch kaum zwischen Wissenschaftlern und Laien unterschieden hätten; erst im 19. Jahrhundert hätte sich die Kommunikation von Wissenschaft aufgespalten: in eine Kommunikation unter Fachkollegen und in eine – damals noch nicht verpönte – Popularisierung von Wissenschaft für ein breites Publikum.

Zum anderen situiert Hafner die Kommunikation der Hochschulen in ihrem heutigen medialen Umfeld und bezieht auch neue Player im Feld in die Analyse mit ein, etwa das Westschweizer Online-Magazin «Heidi.news» oder das Zürcher Portal «Geschichte der Gegenwart». Besonders gut gelingt dies, wenn er zur stilistischen Form der Kurzreportage greift – besonders geglückt etwa jene über das Magazin «Higgs».

Es gibt kein Zurück, aber gibt es ein Vorwärts?

Das Buch versteht unter Wissenschaftskommunikation konsequent nicht nur die Vermittlung von Naturwissenschaften – Quantenphysik, Robotik, Hirnforschung –, sondern insbesondere auch von Geistes- und Sozialwissenschaften. Auch bei einer seiner Hauptthesen mag der Autor vor allem an die Kompetenzen von Geistes- und Sozialwissenschaftlern gedacht haben. Sie lautet: So etwas wie Fakten gibt es nicht. Es gibt nur Daten, die es zu interpretieren gilt. Die Alternative zur Informationsflut laute deshalb nicht «Fact News versus Fake News», sondern «Reflexionswissen versus Faktenglauben» (S. 189). Überraschend in diesem Zusammenhang ist, dass das Magazin für Wissenskultur «Avenue», das sich ziemlich genau diesem Verständnis von Wissenschaftskommunikation verschrieben hat, im Buch nirgends Erwähnung findet.

«Es gibt kein Zurück, aber gibt es ein Vorwärts?», fragt Hafner zu Beginn des Buchs. In diesem «Vorwärts» bleibt das Buch vage. «Dem Podcast könnte die wissenschaftskommunikative Zukunft gehören», heisst es beispielsweise an einer Stelle (S. 151), ohne dass weiter darauf eingegangen wird. Überzeugte Empiriker werden zudem bemängeln, dass es dem Buch an statistischen Daten mangle, der Autor in seinen Analysen primär aus seiner «langjährigen Erfahrung als Wissenschaftsjournalist und Wissenschaftskommunikator» (S. 16f.) schöpfe; sie werden auch dem feinen, persönlichen Epilog («Mit Bildung besser leben») nicht viel abgewinnen können, ihn für allzu bekenntnishaft halten.

Klare Konturen in einem unscharfen Feld

Wer die zunehmende Vermischung von Kommunikation, Marketing und Journalismus kritisiert, bei seinen Berufskollegen zumindest implizit mangelhaftes erzählerisches Handwerk und überbordenden wissenschaftlichen

Jargon in ihrer Schreibe konstatiert, der begibt sich auf dünnes Eis. Die Kritik fällt kaum je auf den Autor selbst zurück: Die an sich trockene Materie ist süffig aufbereitet, die wissenschaftskommunikative Landschaft wird erzählerisch und nicht dozierend durchschritten, die Kernaussagen lassen sich, von typografischen Akzenten unterstützt, einfach aus dem Buch herauschälen; überhaupt zeugt das Layout von einem formalen Gestaltungswillen auch des Verlags. Die Funktion der schmalen Seitenränder und der verspielten Typografie – in den Titeln beispielsweise werden verschiedene Schrifttypen kombiniert – leuchtet zwar nicht in jedem Fall unmittelbar ein, tut dem Lesefluss aber auch keinen Abbruch.

Das Verdienst der Studie ist, dass sie dem notorisch unscharfen Feld der Wissenschaftskommunikation klarere Konturen gibt. Das Buch «Forschung in der Filterblase» ist so ein äusserst nützliches, zur Selbstreflexion anregendes Instrumentarium – gerade für all jene, die im akademischen Umfeld unterwegs sind und sich berufshalber täglich durch Medienmitteilungen, Newsletter, Websites und digitale Magazine klicken oder selbst solche verfassen.



Heinz Nauer ist Redaktor bei der SAGW.



Urs Hafner (2020): *Forschung in der Filterblase. Die Wissenschaftskommunikation der Schweizer Hochschulen in der digitalen Ära*, Hier und Jetzt Verlag., Baden, 207 Seiten.

Die Drucklegung des Buchs wurde von der SAGW finanziell unterstützt.

Carte blanche

Une pyramide trop pointue

Sandro Cattacin

L'Université de Genève et, par la suite, le système académique suisse ont au début de cette année subi une critique virulente de la part d'étudiant-e-s en passe de réaliser leurs doctorats ou en phase de post-doctorat : burn-out réguliers, manque de débouchés, forte concurrence entre jeunes qui se trouvent en carrière académique. Du coup, un climat funeste se serait installé au sein de ce corps dit intermédiaire de nos universités.

Cette critique a fait mal, et même si l'on peut la contrer avec des exemples de personnes qui se sentent à l'aise dans ce système, elle relève d'une gêne dans l'organisation de la carrière académique en Suisse. Ce malaise peut être formulé ainsi : une pyramide des positions universitaires trop pointue, avec peu de places stables disponibles dans l'enseignement et la recherche universitaire, un recrutement international qui favorise sans doute l'excellence de nos universités, mais qui se transforme, pour ces personnes que nous formons quotidiennement à la carrière académique, en message ambigu.

Les universités ont un besoin farouche de ce corps intermédiaire pour faire de la recherche, pour encadrer les étudiant-e-s, ou encore pour collaborer à l'organisation de conférences, et pourtant elles le traitent du point de vue salarial, de la sécurité de l'emploi – précaire et limitée dans le temps –, comme de la chair à canon, malléable à souhait. Quant à la promesse de carrière, elle est conditionnée par un départ à l'étranger – mobilité internationale oblige – et soumise à une rude concurrence pour toutes les positions stables.

Abaisser la pyramide pour un climat de travail sain et productif

Bien qu'une partie de ces jeunes en quête de reconnaissance académique arrive à décrocher un poste de professeur-e – par leur engagement, leurs sacrifices et un coup de pouce du destin –, on perd chaque année un nombre important de têtes pensantes qui ont montré leur utilité à l'Université. C'est trop souvent un gâchis. Et les réformes à cet égard restent formulées d'une manière vague, toujours portées à individualiser les responsabilités d'une non-réussite, sans tenir compte des défaillances éventuelles du système académique. « C'est comme ça », me disent, résigné-e-s, certain-e-s observateurs-trices, comme si tout espoir de changer le cap du système universitaire était perdu.

Il y a pourtant d'autres voies à suivre et des ajustements à essayer. Notamment l'idée d'atténuer nos hiérarchies et de permettre à davantage de membres du corps intermédiaire de rester en poste, moyennant des évaluations régulières de la performance. Je pense à cet égard aux systèmes anglo-saxons – avec leurs positions de *lecturer*, *junior* et *senior readers*, en plus des *professors* – ou encore à des positions de recherche sans enseignement, comme il en existe en France ou en Belgique. Abaisser la pyramide, nous le savons, ne signifie pas nécessairement réduire l'excellence, comme le montre le bon fonctionnement de maints groupes et instituts de recherche. En effet, un climat de travail sain de coopération est à terme nettement plus productif qu'un climat de concurrence exacerbée, même dans le monde académique.

●

L'auteur

Sandro Cattacin est professeur de sociologie et directeur de l'Institut de recherches sociologiques de l'Université de Genève. Dans cette rubrique, il aborde des questions relevant de la politique de la recherche et du système scientifique.



DOSSIER

UNGLEICHHEIT INÉGALITÉ

- 18 **Vorschau**
- 19 **Einleitung**
Monica Budowski
- 22 **Wer hat, dem wird vererbt?**
Marius Brülhart
- 25 **Du lobbying discret à la rhétorique
de la délocalisation**
*Felix Bühlmann, André Mach,
Stéphanie Ginalska, Thomas David*
- 29 **Bildessay**
Johnny Miller
- 38 **Dynamiken der Globalisierung oder die
Suche nach Gerechtigkeit in den Ruinen
des Kapitalismus**
Sabine Strasser
- 41 **Gender matters! Le genre comme
élément crucial de la production des
inégalités**
Janine Dahinden, Martine Schaer
- 45 **Mitte und Mittelmaß:
zwischen privilegierter Gleichheit
und kompetitiver Differenz**
Stefan Groth
- 48 **Parole dalla ricerca**
Dario Petri
- 50 **Unterschiedliche Wahrnehmung
der Umwelt**
Laurent Zecha

Vorschau

Ungleichheit – Inégalité

Marlene Iseli und Heinz Nauer

Uns geht es besser denn je! Folgt man Wissenschaftlern wie Steven Pinker, ist dies kein frommer Wunsch, sondern pure Empirie. Weltweit gesehen nimmt die Armut ab und die Lebenserwartung zu, die Zahl der Gewalttaten geht zurück und die Freizeit wird mehr. Einem solchen positiven Blick auf die Welt stellt der französische Ökonom Thomas Piketty in seinem epochalen und reich mit Daten gefütterten Werk «Capital et idéologie» (2019) entgegen, dass die soziale Ungleichheit zunimmt und der Graben zwischen den Armen und den Reichen dieser Welt immer grösser wird.

Es ist eine Frage der Perspektive. Die positive Entwicklung in der grossen Zahl mag dem strauchelnden Individuum zynisch vorkommen, der Einzelfall dem Statistiker stereotyp erscheinen. Das Dossier «Ungleichheit – Inégalité» versucht, den Blick zu öffnen, Schlaglichter auf die Expertise der Geistes- und Sozialwissenschaften in ihrer Breite, ihrer Mehrdimensionalität und ihrer Multiperspektivität zu werfen und auch konzeptionell verwandte Begriffe wie Gerechtigkeit, Differenz und Diversität mitzudenken (Monica Budowski).

Die Autorinnen und Autoren befassen sich mit den Fallgruben in der wissenschaftlichen Vermessung von Vermögensungleichheit (Marius Brülhart); mit den Strategien der Wirtschaftselite, Ungleichheit zu erhalten (Felix Bühlmann et al.); mit den politischen Implikationen anthropologischer Grossthesen, die Ideen eines kulturellen Essentialismus stützen (Sabine Strasser); mit der Gleichberechtigung als Deckmantel für Diskriminierungen (Janine Dahinden und Martine Schaer); sie zeigen, dass auch der Drang zur Mitte Ungleichheiten produziert (Stefan Groth) und dass selbst unsere Wahrnehmung der Umweltqualität von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe geprägt ist (Laurent Zecha).

Wo ist Ungleichheit problematisch und wo ist sie erwünscht? So lautete eine Ausgangsfrage für die Konzipierung des vorliegenden Dossiers. Der Bildessay mit einer Serie des US-amerikanischen Fotografen Johnny Miller zur räumlich-sozialen Segregation in Metropolen stellt die Frage anders: Darf Ungleichheit auch ästhetisch sein?

Nous sommes mieux lotis que jamais ! D'après des scientifiques comme Steven Pinker, cela n'est pas un vœu pieux, mais la pure réalité. À l'échelle mondiale, la pauvreté diminue et l'espérance de vie est en hausse, le nombre d'actes de violence baisse et le temps accordé aux loisirs augmente. L'économiste français Thomas Piketty va à l'encontre de cette vision positive du monde dans « Capital et idéologie » (2019), un livre événement abondamment documenté, en affirmant que les inégalités sociales s'intensifient et que le fossé entre pauvres et riches ne cesse de se creuser.

C'est une question de point de vue. L'évolution positive dans les grands chiffres peut paraître cynique aux yeux de l'individu en difficulté, alors que le cas individuel peut sembler stéréotypé au statisticien. Le dossier « Ungleichheit – Inégalité » tente d'ouvrir le regard, de mettre en lumière l'expertise des sciences humaines et sociales dans leur ampleur, leur multidimensionnalité et leur « multiperspectivité », de réfléchir également à des concepts comme la justice, la différence ou la diversité (Monica Budowski).

Les auteur-e-s traitent notamment des écueils de la mesure scientifique de l'inégalité des richesses (Marius Brülhart) ; des stratégies des élites économiques pour maintenir les inégalités dont ils profitent (Felix Bühlmann et al.) ; des implications politiques des grandes thèses anthropologiques soutenant les idées d'un essentialisme culturel (Sabine Strasser) ; de l'égalité comme couverture de la discrimination (Janine Dahinden et Martine Schaer) ; ils montrent que même la volonté d'appartenir à la moyenne engendre des inégalités (Stefan Groth) et que notre perception de la qualité de l'environnement est façonnée par notre propre appartenance à un groupe social particulier (Laurent Zecha).

Où l'inégalité est-elle problématique et où est-elle souhaitable ? Telle était l'une des questions initiales pour la conception du présent dossier. Le recueil d'images présente une série d'œuvres du photographe américain Johnny Miller sur la ségrégation spatio-sociale dans les métropoles et pose la question différemment : l'inégalité peut-elle être aussi esthétique ?

●

Einleitung

Soziale Ungleichheit und Diversität

Monica Budowski

Es ist eine Idee der Aufklärung, dass die soziale Ordnung nicht naturgegeben, sondern von Menschen geschaffen und veränderbar ist. Seither ist eine ganze Reihe von theoretischen Konzepten in die Debatte über gesellschaftliche Ungleichheit getreten. Doch welche sind als Grundlage für konkrete Massnahmen auf dem Weg zum Ideal der Gleichwertigkeit aller Menschen geeignet?

Spätestens seit dem breit debattierten Buch des französischen Ökonomen Thomas Piketty «Le capital au XXI^e siècle» (2013) steht die Thematik der Ungleichheit auf der öffentlichen Agenda. Darin wird die systematische Ungleichverteilung von Kapital aufgrund der Logik des Kapitalismus erklärt – grob gesagt entsprechend dem Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Bemerkenswerterweise haben die Folgen ökonomischer Ungleichheiten auch den Weg in internationale Organisationen wie die Weltbank oder den Internationalen Währungsfonds gefunden. Unterdessen kommen Studien dieser Organisationen zum Schluss, dass zu viel Ungleichheit wohlstands- beziehungsweise wachstumshinderlich sei.¹

Nebst dieser rein ökonomischen Betrachtungsweise kommen in den Debatten eine Reihe weiterer theoretischer Konzepte vor, die dazu dienen, die Komplexität sozialer Ungleichheiten und der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung in heterogenen modernen Gesellschaften (vorab im Globalen Norden) zu erklären. Und es kommt die Gerechtigkeitsfrage auf: Wie viel Ungleichheit oder Unterschiedlichkeit darf sein?



Genügen Leistung und Effort, um Zugang zu erhalten?
Karikatur von Lenz Mosbacher.

Unterschiedlich und doch gleichartig

Soziale Ungleichheit wird definiert als die systematisch ungleiche Verteilung beziehungsweise als der ungleiche Zugang zu gesellschaftlich wertgeschätzten materiellen und immateriellen Gütern. Die Systematik der Bevorteilung oder Benachteiligung und ihre relative Dauerhaftigkeit unterscheidet «soziale Ungleichheit» von zufälliger oder gelegentlicher Ungleichheit.

Das Konzept der sozialen Ungleichheit knüpft an die Idee der Gleichheit der Menschen aus der Aufklärung an und an die Vorstellung, dass die Sozialordnung nicht eine von Gott geschaffene oder natürliche, sondern eine von Menschen geschaffene und veränderbare ist. Es findet sei-

1 Berg, Andrew G. und Jonathan D. Ostry (2017): Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?, in: IMF Economic Review 65, S. 792–815.

nen Ausdruck in den 1948 formulierten Menschenrechten. Diese Gleichheit bezieht sich auf eine für alle Menschen formal gleiche Würde, einen gleichen Wert und gleiche Rechte: Menschen sind unterschiedlich und doch gleichartig.

Traditionell wird zwischen zwei Perspektiven unterschieden: erstens der Chancenungleichheit, das heisst den ungleichen Möglichkeiten des Zugangs zu materiellen und nicht materiellen Gütern, und zweitens der Ergebnisungleichheit, also der ungleichen Verteilung dieser Güter.

Chancen- wie Ergebnisgleichheit unterliegen normativen Vorstellungen. So gelangen gemäss einer funktionalistischen Perspektive mit auf meritokratischen Prinzipien beruhendem Verteilungsmechanismus die «Personen mit den richtigen Kompetenzen» an die «richtigen sozialen Positionen». Die Konflikttheorie hingegen versteht solche Zuordnungs- und Verteilungsprozesse als gesellschaftliche Aushandlungen von knappen und wertgeschätzten Gütern, die auf Zugangsbarrieren für soziale Gruppen sowie Diskriminierung und Ausschluss beruhen.² Die Unterscheidung zwischen Chancen- und Ergebnisgleichheit ist eng verknüpft mit der sogenannten «meritokratischen Triade» von Bildung, Beruf und Einkommen und verstellt den Blick auf die Sozialstruktur mit all ihren Stratifikationsmerkmalen.³

Vertikale und horizontale Ungleichheiten

Die vertikale soziale Ungleichheit beruht auf Bildung, Einkommen, Vermögen und der Stellung im Beruf und in der (bezahlten) Arbeitswelt. Horizontale Ungleichheiten bezeichnen Stratifizierungsmerkmale aufgrund sozialer Schliessung und beruhen auf gesellschaftlich als relevant bewerteten sozialen Kategorisierungen und Grenzziehungen. Analytisch – aber nicht trennscharf – beziehen sich diese auf askriptive individuelle Merkmale wie das Geschlecht und das Alter oder kollektive Merkmale wie die ethnische, nationale oder religiöse Gruppenzugehörigkeit. Einige dieser Kategorien werden als weitgehend wähl- und veränderbar beurteilt. So ist es möglich, einen Lebensstil und kulturelle Präferenzen zu verändern. Andere Kategorien wie Geschlecht, Ethnizität, Alter oder soziale und regionale Herkunft hingegen gelten als weitgehend stabil.

Soziale Positionen sind vertikal geschichtet und horizontal geordnet. Sie zeichnen sich durch den unterschiedlichen Zugang zu gesellschaftlich wertgeschätzten Gütern und durch die soziale Wertschätzung von geleisteten Tätig-

2 Staub, Ivo. (2012): Heterogenitäten und Ungleichheiten: Zwei Seiten sozialer Differenzierung, in: Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg 11, S. 5–12.

3 Breen, Richard und Jan O. Jonsson (2005): Inequality of Opportunity in Comparative Perspective: Recent Research on Educational Attainment and Social Mobility, in: Annual Review of Sociology 31, S. 223–243.

Résumé

L'idée que l'ordre social n'est pas naturel, mais créé et modifiable par les êtres humains, nous vient des Lumières. Depuis lors, toute une série de concepts théoriques sont entrés dans le débat sur les inégalités sociales. Mais quels sont ceux qui conviennent le mieux comme base pour des mesures concrètes visant l'idéal de l'égalité entre tous les êtres humains ?

Cet article aborde la question en mettant l'accent sur les concepts d'« inégalité sociale » et de « diversité ». Traditionnellement, on distingue deux perspectives sur les inégalités sociales : premièrement, l'inégalité des chances, c'est-à-dire l'inégalité des possibilités d'accéder à des biens socialement valorisés, qu'ils soient matériels ou immatériels, et deuxièmement, l'inégalité des résultats, c'est-à-dire la répartition inégale de ces biens.

Cette distinction est étroitement liée à la « triade méritocratique » de l'éducation, de la profession et des revenus et tend à brouiller la perspective sur la structure sociale avec toutes ses caractéristiques de stratification.

Quant au concept de diversité, il souligne la variété des traits distinctifs des individus, tels que l'âge, le sexe, l'appartenance ethnique, la nationalité et autres, et contribue ainsi potentiellement à une plus grande sensibilité aux différences dans des sociétés de plus en plus hétérogènes.

keiten aus. Je nach Perspektive werden soziale Ungleichheiten dabei als «ungerechtfertigte» oder «gerechtfertigte Ungleichheiten»⁴ beurteilt.

Die Vorstellung einer idealen Sozialstruktur in modernen demokratischen Gesellschaften besteht nach dem Soziologen Harold R. Kerbo darin, dass sie auf einer legitimierenden Rechtsideologie beruht und die Durchlässigkeit sozialer Kategorisierungen sowie die Erwerbbarkeit sozialer Positionen durch Leistung gewährleistet.

Das Idealbild des auf meritokratischen Kriterien beruhenden vertikalen Klassen- oder Schichtsystems klammert Machtverhältnisse aus und wird von horizontalen Ungleichheiten durchkreuzt.⁵ Globalisierung, Migration und die Verflechtung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche führen zudem zu einer Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung von Erklärungsansätzen zu Globalisierung, Individualisierung, zur These des «Death of Class» oder zur «kulturellen Wende» in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich vermehrt kulturellen Präferenzen von Individuen und Milieus zuwenden.

4 Hinsch (2002).

5 Staub (2012).

Zwei Perspektiven auf das Konzept der Diversität

Diversität bezieht sich auf sozial kategorisierte und wahrgenommene Differenzen von sozialen Gruppen: sozioökonomischer Status, Ethnizität, Religion, Sprache, Geschlecht, Alter, politische und sexuelle Orientierung und weitere mehr. Das Konzept der Diversität (Diversity) stammt aus den Bürgerrechtsbewegungen in den USA der 1960er- und 1970er-Jahre. In dieser Zeit dominierte eine funktionalistische Perspektive die Argumente zur Legitimation der Zuordnungs- und Verteilungsmechanismen; konflikttheoretische Perspektiven auf die Machtverhältnisse standen hingegen weniger im Fokus.

Die Sozialwissenschaften, die sich mit dem Diversitäts-Konzept befassen, machen insbesondere auf unterschiedliche Schliessungsprozesse aufmerksam, weshalb gesetzliche Regelungen eine Möglichkeit bieten, die Zuordnungs- und Verteilungsmechanismen für benachteiligte soziale Gruppen zu verbessern. Die Wirtschaftswissenschaften (Management), die das Diversitätskonzept in den 1980er-Jahren ebenfalls übernahmen, heben die Potenziale für die Zielsetzungen von Organisationen hervor, die in den Differenzen zwischen Menschen, ihrer unterschiedlichen Herkunft und Wissensbeständen liegen.⁶

Der sozialwissenschaftliche Ansatz verfolgt also das Ziel, aufzuzeigen, wie für benachteiligte soziale Gruppen Chancengleichheit und Verteilungsungleichheiten reduziert werden können; der wirtschaftswissenschaftliche Ansatz betont die Chancen von Differenzen für die Gesellschaft und ihre Institutionen und blendet mögliche ungerechtfertigte Ungleichheiten von sozialen Positionen aus oder verschleiert sie, beispielsweise durch Essentialisierung von ethnischer Zugehörigkeit oder gesellschaftliche Wertungen von Geschlecht. Beiden Diversitätsansätzen gemein ist, dass sie soziale Kategorisierung nicht grundsätzlich infrage stellen und eher schliessen als öffnen. Allerdings tragen sie möglicherweise zu einer grösseren Sensibilität für Differenzen in zunehmend heterogenen Gesellschaften bei.

Welches Konzept für das Ideal der Gleichwertigkeit?

Die Konzepte der sozialen Ungleichheit und der Diversität enthalten beide Vorstellungen von «gerechtfertigten» und «ungerechtfertigten» Ungleichheiten, die wiederum in Zusammenhang mit unterschiedlichen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit⁷ stehen und sich auf die institutionelle Grundstruktur und die Sozialstruktur von Gesellschaften beziehen.⁸

Welches Konzept ist besser als Grundlage für Massnahmen geeignet, das Ideal der Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit der Menschen zu verwirklichen, die soziale Ungleichheit oder die Diversität? Differenzen zwischen den Menschen zu betonen, bedeutet die fortlaufende Reproduktion von Differenzlinien, eröffnet Chancen für bestimmte soziale Gruppen und schliesst sie für andere; Differenzen zu entthematisieren, verschiebt den Fokus von sozialen Gruppen weg hin zu generellen Massnahmen zur Erhöhung der Chancen- und Verteilungsgleichheit, benachteiligt möglicherweise soziale Gruppen mit unvorteilhaften Ausgangsbedingungen. In der Praxis schliessen sich der Fokus auf universelle Massnahmen, öffentliche Güter sowie soziale Sicherheit zur Reduktion sozialer Ungleichheiten und der Fokus auf Massnahmen zur Anerkennung und gesetzliche Regelungen zur Behebung von Benachteiligungen infolge Differenzen aus dem Diversitätsansatz nicht aus. Sie sind im Sinn der differenzbewussten Umverteilung von Lebenschancen kombinierbar.

Literatur

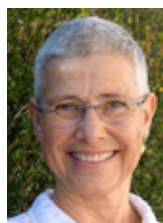
- Budowski, Monica und Michael Nollert (2008): Soziale Gerechtigkeiten, Zürich.
- Gardenswartz, Lee und Anita Rowe (1994): Diverse Teams at Work: Capitalizing on the Power of Diversity, Chicago.
- Hinsch, Wilfried (2002): Gerechtfertigte Ungleichheiten. Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, Berlin, New York.
- Kerbo, Harald R. (2003): Social stratification and inequality: class conflict in historical and comparative perspective, 5. Aufl., New York.
- Piketty, Thomas (2013): Le capital au XXI^e siècle, Paris.

DOI

10.5281/zenodo.3718625

Zur Autorin

Monica Budowski ist Professorin für Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit am Departement für Sozialarbeit, Sozialpolitik und Globale Entwicklung der Universität Freiburg. Sie forscht und publiziert unter anderem über soziale Ungleichheit, prekären Wohlstand, subjektives Wohlbefinden und Lebensqualität.



6 Gardenswartz/Rowe (1994).

7 Budowski/Nollert (2008).

8 Hinsch (2002).

Wer hat, dem wird vererbt?

Marius Brühlhart

Der Umfang der vererbten Vermögen wächst rasant. Dieses Jahr sind es geschätzte 95 Milliarden Franken. Viele Beobachter sehen darin eine Entwicklung, die Vermögensungleichheiten zementiert, ja verstärkt. Dem ist jedoch nicht unbedingt so.

In der Schweiz wird dieses Jahr doppelt so viel Geld über Erbschaften und Schenkungen umverteilt wie durch die AHV: Geschätzten 95 Erbschaftsmilliarden stehen 46 Milliarden an ausbezahlten AHV-Renten gegenüber. Dieser Vergleich ist gar nicht so abwegig, wie er scheinen mag, denn mittlerweile fließt die Hälfte der Erbschaften an Erben im Rentenalter.

Während die AHV explizit darauf abzielt, Einkommensunterschiede zu reduzieren, werden Erbschaften gemeinhin als Treiber zunehmender wirtschaftlicher Ungleichheiten betrachtet. Gemäss einer verbreiteten Ansicht beflügelt die weitgehende Steuerbefreiung von familieninternen Erbschaften und Schenkungen die wirtschaftliche Polarisierung der Schweizer Bevölkerung.

Die Initianten der eidgenössischen Erbschaftssteuervorlage von 2015 priesen ihre Idee denn auch in erster Linie als «Gegensteuer» zu einer immer ungleicheren Verteilung der Vermögen. Die Vorlage wurde haushoch verworfen, wohl in erster Linie, weil die Bevölkerung nur dann neue Steuern zu billigen bereit ist, wenn sie eine existierende Steuer ersetzen oder wenn auf der Ausgabenseite klarer Bedarf besteht.

Könnte es nun sein, dass die Initianten nicht nur mit ihrer Einschätzung der Volksmeinung, sondern gar mit ihrer zentralen Prämisse falsch lagen? Befeuern Erbschaften die Vermögensungleichheit überhaupt? In der Debatte von 2015 hat niemand diese Frage ernsthaft gestellt, aber im Lichte neuer Erkenntnisse scheint die Antwort gar nicht so klar, wie man meinen könnte.

Ungleichheit ist relativ

Seit der Diskussion von 2015 wurden zwei auf detaillierten Schweizer Daten beruhende Studien zu diesem Thema veröffentlicht. Die Berner Soziologen Ben Jann und Robert Fluder haben Steuerdaten aus dem Kanton Bern über den Zeitraum 2002–2012 ausgewertet.¹ Die Studie dokumentiert, dass ein grosser Teil der Erbschaften an bereits vermögende Personen fließt. Sie zeigt beispielsweise auf, dass 18 Prozent der Erbschaften an Erben gehen, die eh schon zum Top-1-Vermögensprozent gehören. Die Autoren schliessen auf das Matthäus-Prinzip: «Wer hat, dem wird gegeben.»

Dieser Befund ist zweifelsohne korrekt. Aber er greift zu kurz, um Rückschlüsse auf die Verteilungswirkung von Erbschaften zu machen. Es ist nämlich denkbar, dass Erbschaften die Vermögensungleichheit verringern, auch wenn Reiche im Schnitt mehr erben als Arme.

Nehmen wir ein einfaches Zahlenbeispiel. Ein «armer» Erbe mit 50 000 Franken Vermögen erhält 100 000 Franken und sein Nachbar mit fünf Millionen Franken Vermögen erbt eine Million Franken. Der Reiche erbt zehnmal mehr als der Arme: Wer hat, dem wird gegeben.

Aber das Vermögen des Armen hat sich dank der Erbschaft verdreifacht, ein Anstieg von 200 Prozent, während das Vermögen des Reichen um bloss 20 Prozent gewachsen ist. Das Verhältnis ihrer Vermögen ist somit von 100 zu 1 auf 40 zu 1 geschrumpft. Die Vermögensungleichheit ist gemäss aller gängigen Ungleichheitsmasse – Gini-Index, Perzentilverhältnisse und wie sie alle heissen – kleiner geworden.

1 Jann/Fluder (2015).



Initiativen zur Erhöhung der Besteuerung grosser Vermögen und Erbschaften haben beim Schweizer Volk einen schweren Stand. Die «Reichtumsteuer-Initiative» von 1977 wurde deutlich abgelehnt. Abstimmungsplakat von Bernard Schlup nach einem Gemälde von Ferdinand Hodler.

Der springende Punkt ist, dass Ungleichheitsmasse auf relativen Unterschieden beruhen. Der relative Unterschied in meinem Beispiel ist von 100 zu 1 auf 40 zu 1 gefallen, obwohl der absolute Unterschied um 900 000 Franken gewachsen ist.

Kommen wir zurück auf die 18 Prozent der Erbschaften, die gemäss der Berner Daten Empfängern im Top-1-Vermögensprozent zugutekommen. Das ist ein hoher Anteil für diese privilegierte Gruppe. Sie bekommen 18 Mal mehr vom Erbschaftskuchen, als wenn dieser Kuchen auf alle gleich verteilt würde. Aber der Anteil dieser gleichen Gruppe an den gesamten steuerbaren Vermögen liegt in der Schweiz mittlerweile bei über 40 Prozent.² Die Top-1-Prozenter halten also einen grösseren Teil am Vermögenskuchen als ihnen vom Erbschaftskuchen zukommt. Das bedeutet wiederum, dass sich Erbschaften ausgleichend auf die Vermögensverteilung auswirken.

2 Brühlhart (2019).

Zu eben diesem Befund kommt die zweite Schweizer Studie jüngerer Datums. Peter Moser vom Statistischen Amt Zürich hat Zürcher Steuerdaten über den Zeitraum 2006–2015 ausgewertet.³ Er verfügt zwar über keine direkten Daten über Erbschaften, beobachtet aber, dass die Vermögensdisparitäten unter Steuerzahlern im Alterssegment 57–67 markant zurückgehen. Da dies ein besonders stark von Erbschaften betroffener Lebensabschnitt ist, schliesst Peter Moser auf eine ausgleichende Wirkung der Erbschaften.

In der Schweiz hat bislang noch keine Studie den Effekt von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensverteilung explizit analysiert; die beiden vorliegenden Studien lassen nur indirekt Rückschlüsse auf diesen Wirkungskanal zu. Leider fehlen bisher die dafür nötigen umfassenden Steuerdaten.

Skandinavien als Referenz

In Skandinavien ist die Datenlage besser, was dort detaillierte Studien mit grossen Fallzahlen erlaubt. Auswertungen aus Dänemark⁴ und Schweden⁵ zeigen, dass das Reich-Arm-Gefälle bei den Erbschaften weniger stark ausfällt als bei den Vermögen. Somit bestätigt sich der Befund, dass Erbschaften die Vermögensungleichheit reduzieren. Die schwedische Studie zeigt zudem auf, dass die Erbschaftssteuer die Vermögensungleichheiten eher verschärft als vermindert hat, da sie trotz eines progressiven Steuertarifs einen höheren Anteil am Gesamtvermögen (Erbschaft plus existierendes Vermögen) von weniger vermögenden als von sehr vermögenden Erben darstellte.

Eine ebenfalls auf schwedische Daten gestützte aktuelle Studie⁶ zeigt hingegen auf, dass arme Erben ihr Erbe rascher konsumieren als reiche Erben. Über einen Zeitraum von zehn Jahren nach dem Erbgang konsumieren die meisten Leute ihr gesamtes Erbe. Dabei entfällt in den ersten Jahren nach der Erbschaft über ein Drittel dieses Konsums auf Autos. Nebst zusätzlichem Konsum ist in den Daten auch ein Rückgang der Arbeitseinkommen von Erben erkennbar: Viele Erben gönnen sich etwas mehr Freizeit.

Die grosse Ausnahme sind Erben im Top-1-Vermögensperzentil. Deren geerbte Vermögen sind auch zehn Jahre nach dem Erbgang noch weitgehend intakt. Dieser Unterschied beim Vermögensverzehr zwischen Top-1-Prozenter und dem Rest der Bevölkerung führt dazu, dass Erbschaften in der langfristigen Betrachtung die Vermögensungleichheit vergrössern. Wenn man daraus auf einen längeren Horizont extrapoliert, erscheinen Erbschaften durchaus wieder als Treiber von dynastischer Vermögenskonzentration und langfristiger Ungleichheit.

3 Moser (2019).

4 Boserup, Kopczuk und Kreiner (2016).

5 Elinder, Erixson und Waldenström (2018).

6 Nekoei und Seim (2019).

Résumé

Le volume des fortunes héritées augmente de manière rapide. Cette année, elles sont estimées à 95 milliards de francs. De nombreux observateurs y voient un développement qui cimentera, voire renforcera, les inégalités de richesse et font référence à l'effet Matthieu : « on donnera à celui qui a ». Pourtant, la réponse à la question de l'impact de l'héritage sur l'augmentation des inégalités de richesse n'est pas aussi évidente qu'on pourrait le penser.

À court terme, on constate, selon les mesures habituelles d'inégalité (indice de Gini, ratios de centiles, etc.), que les héritages ont plutôt tendance à équilibrer la répartition des richesses : proportionnellement à leur fortune existante, les héritiers les plus pauvres reçoivent généralement plus que les plus riches. Toutefois, une étude longitudinale menée en Suède montre qu'à long terme, les héritages peuvent accroître les inégalités de richesse. Alors que la plupart des gens dépensent leur héritage dans les dix ans, le 1% des héritiers les plus fortunés conservent le leur. Dans quelle mesure ces résultats s'appliquent à la Suisse, nous ne le savons pas vraiment. Certains éléments indiquent cependant que les héritages n'alimentent pas autant les inégalités de richesse qu'on ne le suppose généralement.

Die Erkenntnisse aus den schwedischen Daten legen auch nahe, dass eine Erbschaftssteuer erst dann von oben nach unten umverteilt, wenn sie stark progressiv ausgestaltet ist. Konkret bedingt das eine markant stärkere Belastung des obersten Vermögensprozents. Die Erbschaftssteuer, über die wir 2015 abgestimmt haben, sah einen Freibetrag von zwei Millionen Franken vor und wurde diesem Kriterium somit gerecht. Die noch existierenden kantonalen Erbschaftssteuern auf direkte Nachkommen jedoch haben viel tiefere Freibeträge, im Kanton Neuenburg zum Beispiel sind es bloss 50 000 Franken. Ob diese Steuern – nebst ihren Vorzügen gegenüber leistungshemmenden Steuern – überhaupt progressiv wirken, ist fraglich.

Wir wissen allerdings nicht wirklich, wie es in der Schweiz um die Entwicklung der Ungleichheit unter Erben, und zwischen Erben und Nichterben, bestellt ist und wie sich Erbschaftssteuern hierzulande auf die Vermögensverteilung auswirken. Es bleibt also noch viel Forschungsarbeit.

•
Dieser Text erschien im Februar 2020 in einer kürzeren Version bereits im Online-Forum für Schweizer Wirtschaftspolitik batz.ch.

Literatur

- Boserup, Simon H., Wojciech Kopczuk und Claus T. Kreiner (2016): The Role of Bequests in Shaping Wealth Inequality: Evidence from Danish Wealth Records, in: American Economic Review 106, 5, S. 656–661. DOI: 10.1257/aer.p20161036.
- Brülhart, Marius (2019): Erbschaften in der Schweiz: Entwicklung seit 1911 und Bedeutung für die Steuern, in: Social Change in Switzerland 20, Lausanne. DOI: 10.22019/SC-2019-00008.
- Elinder, Mikael, Oscar Erixson und Daniel Waldenström (2018): Inheritance and Wealth Inequality: Evidence from Population Registers, in: Journal of Public Economics 165, S. 17–30. DOI: 10.1016/j.jpubeco.2018.06.012.
- Jann, Ben und Robert Fluder (2015): Erbschaften und Schenkungen im Kanton Bern, Steuerjahre 2002 bis 2012, University of Bern Social Sciences Working Papers 11, Bern.
- Moser, Peter (2019): Vermögensentwicklung und -mobilität, statistik.info 2, Statistisches Amt des Kantons Zürich.
- Nekoei, Arash und David Seim (2019): How Do Inheritances Shape Wealth Inequality? Theory and Evidence from Sweden. Arbeitspapier, Stockholm und Uppsala.

DOI

10.5281/zenodo.3716148

Zum Autor

Marius Brülhart ist ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Lausanne (HEC Lausanne). In seiner Forschung befasst er sich insbesondere mit Steuerthemen, Wirtschaftsgeografie und dem internationalen Handel.



Du lobbying discret à la rhétorique de la délocalisation. Les transformations récentes du pouvoir des élites économiques suisses

*Felix Bühlmann, André Mach,
Stéphanie Ginalski et Thomas David*

Depuis les années 1990, le profil des élites économiques suisses s'est profondément transformé. Ces élites sont devenues plus internationales, plus « managériales », et ont eu tendance à délaissé les liens personnels et directs avec le monde politique suisse. Ces transformations, combinées aux changements des règles du jeu politique, ont contribué à l'émergence de nouveaux mécanismes de pouvoir : les politiques « discrètes » ont été remplacées par des politiques plus démonstratives. Cette situation a rendu les rapports de pouvoir plus imprévisibles.

Les analyses mobilisant les concepts d'« élite » et de « masses » ne se limitent pas à étudier la répartition inégale des ressources dans nos sociétés. Faire des recherches sur les élites nous permet aussi de comprendre les stratégies qui produisent, maintiennent et renforcent ces inégalités. Les élites ont en effet un intérêt manifeste à préserver les mécanismes qui non seulement assurent une distribution des richesses en leur faveur, mais légitiment cette répartition auprès de la population. Dans cette contribution, nous mon-

trons comment le profil des élites économiques en Suisse se transforme à partir des années 1990 et de quelle manière l'exercice du pouvoir par les grandes entreprises s'adapte aux évolutions du contexte économique, marquées par une libéralisation croissante des échanges économiques, et aux nouvelles règles du jeu politique, caractérisé par un renforcement du Parlement et une médiatisation accrue des débats. Si le pouvoir instrumental des entreprises helvétiques, à savoir les stratégies discrètes de lobbying pour influencer les acteurs politiques, s'en trouve affaibli, en revanche leur pouvoir structurel, dans un contexte de marchés globalisés, s'est renforcé grâce à la crédibilité accrue des menaces de délocalisation des investissements et de l'emploi.



Au centre de l'attention publique : Philippe Hildebrand, ancien président de la Banque nationale suisse, répond aux médias.

Les élites économiques suisses au XX^e siècle

Dans un pays qui se caractérise par un État central faible et des intérêts économiques fortement organisés, les élites économiques et les associations patronales helvétiques ont été les architectes centraux des institutions socio-économiques libérales, telles que la régulation du marché de l'emploi et des marchés financiers, le système de formation duale ou la gouvernance d'entreprise. Depuis la fin du XIX^e siècle, ces élites – les dirigeants des plus grandes entreprises et des associations patronales – représentent des acteurs majeurs dans la construction et la stabilisation des règles et des institutions qui sont au cœur du fonctionnement de l'économie helvétique. Traditionnellement, elles ont eu tendance à privilégier des canaux d'influence informels (commissions extraparlimentaires, consultations législatives) plutôt que les institutions démocratiques formelles ; de même, elles ont cherché à traiter de manière discrète et à « dépolitiser » les dossiers de politique économique et sociale. C'est dans ces conditions que le pouvoir des élites économiques était le plus fort et qu'elles furent capables de réguler, à l'abri des pressions démocratiques, les questions socio-économiques. On peut parler à cet égard de politique « silencieuse » ou « tranquille »¹ qui a largement prévalu durant la majeure partie du siècle suivant. Trois facteurs, qui se sont progressivement mis en place durant le XIX^e siècle, ont contribué à l'émergence d'une telle économie politique en Suisse : la capacité politique limitée de l'État fédéral, la forte tradition d'autorégulation par les associations économiques et la domination des partis de droite dans la vie politique.

Le profil des élites économiques helvétiques a renforcé leur cohésion, en particulier après la Première Guerre mondiale. Leurs membres étaient de sexe masculin, de nationalité suisse et d'origine sociale élevée ; ils étaient en possession d'un titre de formation universitaire en droit, officiers dans l'armée, proches des partis de droite. Ils occupaient souvent plusieurs sièges dans les conseils d'administration de grandes entreprises helvétiques ou dans les comités des associations patronales.

La césure des années 1990

Au cours des années 1990, caractérisées par une faible croissance, une augmentation considérable du taux de chômage et des pressions économiques internationales, les élites économiques se sont profondément transformées – les milieux d'affaires sont devenus de plus en plus divisés, le pouvoir des élites s'est reconfiguré. Trois dynamiques expliquent cette césure : premièrement, depuis les années 1990, on observe une fragmentation croissante des élites économiques et une modification de leurs relations avec le monde politique. Cette fragmentation résulte de la transformation du profil sociologique des dirigeants des plus grandes entreprises suisses. La part des étrangers a augmenté de manière considérable, plus de femmes ont été élues dans les conseils d'administration des grandes entreprises et les formations en management ont gagné en importance au détriment des études en droit. L'armée n'est plus un passage aussi important qu'avant pour ces élites et perd sa fonction de ciment social et idéologique. Ces changements ont affecté la capacité de coordination et la cohésion des élites helvétiques.

Deuxièmement, la fragmentation des élites économiques s'est aussi accentuée en raison de leurs divisions politiques croissantes. Alors que la construction d'un « front uni » a constitué pendant longtemps une force majeure des milieux économiques suisses, les représentants des plus

1 C'est le politiste américain Pepper Culpepper qui a forgé le terme de « quiet politics », par opposition à la « noisy politics ».

grandes firmes multinationales lancent en 1990 (avec le livre blanc « Mut zum Aufbruch ») un programme néolibéral destiné à revitaliser l'économie helvétique. Cela a accentué les divisions entre les différentes composantes des milieux d'affaires suisses.

Troisièmement, les élites économiques ont été affectées par les changements dans la manière de faire de la politique. Dans un contexte beaucoup plus polarisé, caractérisé par les succès électoraux de l'UDC, une médiatisation croissante de la politique, une plus grande pression internationale et une professionnalisation du Parlement, il est impossible – en tout cas beaucoup plus difficile – de faire de la politique « à huis clos ». Si l'on ajoute une demande de transparence accrue de la part du public, les processus politiques en Suisse sont devenus plus « visibles » et ont contribué à affaiblir le pouvoir des élites économiques.

Les divisions croissantes au sein des élites économiques suisses

Les nouvelles impulsions pour des réformes néolibérales de certaines fractions des élites économiques helvétiques illustrent les divisions croissantes des milieux d'affaires. Ces dernières opposent les fractions les plus internationalisées aux secteurs orientés vers l'économie domestique. La question de la libéralisation des marchés domestiques, souvent liée à l'adaptation de la législation suisse aux normes de l'Union européenne, est notamment concernée, comme dans le cas des politiques de concurrence, de migration ou agricole. Par ailleurs, les tensions entre le secteur financier et le secteur industriel s'accroissent durant les années 1990 ; elles s'expriment à l'occasion du grounding de Swissair au début du XXI^e siècle et du rachat hostile de certains fleurons industriels helvétiques par des « raiders »². L'ancienne alliance entre les banques et l'industrie s'affaiblit.

Ces diverses dynamiques modifient progressivement les règles du jeu de la politique suisse. Le centre de gravité du processus décisionnel se déplace des arènes de négociations discrètes et informelles vers des institutions plus formelles, des questions peu thématiques et politisées deviennent beaucoup plus saillantes. Au lieu de se faire à huis clos, la politique économique se caractérise par des débats parlementaires controversés, des campagnes médiatiques et par l'utilisation plus fréquente des outils de la démocratie directe. En outre, la pression internationale affaiblit les groupes d'intérêt nationaux et renforce le gouvernement et son administration dans des institutions plus formelles, en partie imposées par les négociations internationales. Finalement, les commissions extraparlémentaires, en tant qu'arènes des négociations informelles entre les patrons

2 Des financiers achetant des titres en Bourse pour prendre le contrôle d'une entreprise.

Zusammenfassung

Die Analyse von Eliten erschöpft sich nicht darin, die ungleiche Verteilung von Ressourcen zu untersuchen. Es geht auch darum, die Strategien zu verstehen, welche diese Ungleichheiten erzeugen und aufrechterhalten. Das 20. Jahrhundert war geprägt von einer «stillen Politik». Unternehmer und andere Wirtschaftsführer, verankert in nationalen Netzwerken und mit direktem Draht in die Politik, nutzten informelle Kanäle, um Einfluss auszuüben, und versuchten, wirtschafts- und sozialpolitische Themen zu «entpolitisieren». Seit den 1990er-Jahren hat sich das Profil der Wirtschaftseliten in der Schweiz grundlegend gewandelt. Die Akteure der neuen Wirtschaftselite, internationaler und «managerialer» als zuvor, gaben persönliche und direkte Verbindungen in die Politik tendenziell auf. Zugleich sind die Strategien der Schweizer Wirtschaftseliten «lärmiger» geworden. Sie haben sich an den politischen Spielregeln angepasst, die sich als Reaktion auf die Globalisierung der Märkte und der Stärkung der medialen Öffentlichkeit herausbildeten. Die instrumentelle Macht der Wirtschaftseliten, etwa durch diskretes Lobbying, ist schwächer geworden, die strukturelle Macht von Grossunternehmen hingegen stärker.

des entreprises et les représentants de l'État, se transforment profondément. Depuis les années 1990, un Parlement revalorisé et plus professionnel exige davantage de transparence en leur sein.

L'érosion du pouvoir instrumental des élites économiques suisses

La cohésion des milieux d'affaires, la prédominance des institutions d'autorégulation et la faible saillance des questions économiques ont donc progressivement fait place à une importance accrue des institutions formelles et à la médiatisation de plus en plus forte des questions économiques et sociales. Plusieurs initiatives populaires dans les années 2000 et 2010 témoignent de ce changement.

En 2006, par exemple, Thomas Minder, alors petit entrepreneur sans affiliation et soutien politique, lance l'initiative populaire « contre les rémunérations abusives » qui prévoyait un vote obligatoire sur le salaire des membres de la direction et du conseil d'administration. Elle incluait aussi une interdiction des parachutes dorés et une réélection annuelle des membres du conseil d'administration. Les organisations patronales s'opposent fortement à l'initiative, en particulier Économiesuisse, qui organise et finance généreusement la campagne contre l'initiative. Peu de dirigeants osent toute-

fois intervenir dans le débat public. Alors même que tous les partis de droite rejettent l'initiative sur le plan national, leurs représentants se montrent peu actifs durant la campagne. En mars 2013, l'initiative est largement acceptée par 67,9% de la population. Historiquement, l'initiative Minder constitue la plus lourde et importante défaite d'Économiesuisse. Peu après, son président et son directeur exécutif démissionnent de leurs fonctions.

L'initiative « contre l'immigration de masse », lancée par l'UDC en 2011 et acceptée le 9 février 2014, constitue une autre défaite des milieux d'affaires. Ce vote populaire représentait un enjeu central, car il mettait directement en question les accords bilatéraux avec l'Union européenne, en prévoyant l'introduction de quotas annuels pour des travailleurs étrangers et donc l'abandon de la libre circulation des personnes. À la suite d'une campagne politique intense, l'initiative est acceptée par une petite majorité des votants (50,3%). Ce résultat représente une défaite retentissante pour la grande majorité des élites économiques. Toutes les organisations patronales ont donné une recommandation de vote négative – même si l'Union suisse des arts et des métiers (USAM) était clairement divisée. Son président, Jean-François Rime, entrepreneur et parlementaire UDC, était membre du comité de l'initiative et certaines sections de l'USAM étaient en faveur de l'initiative. De nouveau, les élites économiques n'étaient pas unies, ce qui explique leur débâcle.

Un pouvoir structurel renforcé

Même si ces initiatives semblent illustrer l'affaiblissement du « pouvoir instrumental » des élites économiques suisses, cela ne veut pas dire que les milieux d'affaires ont complètement perdu leur influence sur la politique helvétique. Dans un régime capitaliste globalisé et financiarisé, nous devons prendre en compte le pouvoir structurel des grandes entreprises. Il semble qu'elles essaient désormais d'influencer l'agenda des réformes par de nouvelles stratégies politiques consistant à « menacer » le gouvernement et la population par des délocalisations ou la suppression d'emplois. Le sauvetage de l'UBS, à la suite de la crise financière de 2008, est un bon exemple de ce pouvoir structurel. Durant des négociations secrètes, un groupe composé de membres de la Banque nationale suisse (BNS), de la FINMA – l'autorité fédérale de surveillance des marchés financiers – et de l'UBS met en place un plan de sauvetage, largement défini par les membres de la BNS. Même si, rétrospectivement, le sauvetage de l'UBS peut être considéré comme un succès sans conséquences financières pour les contribuables suisses, c'était loin d'être clair en 2008, au moment de l'adoption du plan.

De tels exemples illustrent la manière dont l'élite économique suisse a commencé à développer de nouvelles stratégies politiques. Ces dernières se basent moins sur ses liens étroits et discrets avec le monde politique et davantage sur son pouvoir structurel. Les dirigeants des plus grandes entreprises préfèrent faire confiance au travail des entrepri-

ses de conseil et de relations publiques, qui jouent un rôle croissant pour organiser les campagnes médiatiques et pour coordonner les stratégies d'influence. En outre, les top managers des multinationales helvétiques sont beaucoup moins impliqués dans les associations patronales nationales au profit de « global policy groups », car ces derniers leur permettent de tisser des liens transnationaux avec des élites économiques d'autres pays et de peser sur les décisions des institutions intergouvernementales ou internationales qui jouent un rôle de plus en plus important dans la gouvernance économique mondiale.

●

Pour en savoir plus

Mach, André, Thomas David, Stéphanie Ginalski et Felix Bühlmann (2020) : From Quiet to Noisy Politics : Transformations of Swiss Business Elites' Power (à paraître dans *Politics and Society*).

Link

Observatoire des élites suisses (Obelis) : www.unil.ch/obelis/fr/home.html

Base de données des élites suisses au XX^e siècle : www2.unil.ch/elitessuisses

DOI

10.5281/zenodo.3716152

Les auteur-e-s

Les auteur-e-s enseignent au sein de la Faculté des sciences sociales et politiques de l'Université de Lausanne et y coordonnent ensemble l'Observatoire des élites suisses (Obelis) rattaché à l'Institut d'études politiques et réunissant une équipe interdisciplinaire de politologues, d'historien-ne-s, de sociologues et de spécialistes IT.



Bildessay

L'inégalité vue du ciel

*Bilder: Johnny Miller, Text: Heinz Nauer,
Kuration: Howald Fosco Biberstein*

À partir de ce numéro, le recueil d'images aborde les grands défis de notre temps, tels qu'ils sont désignés dans l'Agenda 2030 des Nations unies. Avec un regard indépendant, il s'empare de questions controversées, telles que : les dérives peuvent-elles être aussi esthétiques ?

L'inégalité ne se situe qu'à un jet de pierre par-delà le mur, là-bas, où il n'y a pas d'arbres. Mais que faut-il entendre ici par inégalité ? Maisons, rues, voitures et baraques en tôle ondulée deviennent, vues du ciel, des surfaces géométriques aux formes et aux couleurs hétéroclites. Le regard du photographe américain Johnny Miller sur les métropoles de Mumbai, Nairobi, Mexico et Johannesburg se fait distant par sa vision esthétisante tout en dévoilant au plus près une urbanisation criante de disparités et révélatrice de la réalité sociale. Et non, il ne s'agit pas de photomontages.

Der Bildessay befasst sich ab dieser Ausgabe in einer Serie mit den grossen Herausforderungen unserer Zeit, wie sie in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen benannt sind. Mit eigenständigem Blick greift er kontroverse Fragen auf, etwa: Dürfen Missstände auch ästhetisch sein?

Die Ungleichheit ist nur einen Sprung über die Mauer entfernt, dorthin, wo es keine Bäume hat. Aber was heisst hier ungleich? Häuser und Hütten und Strassen und Autos werden in der Vertikale zu diversen Geometrien und farbigen Flächen. Der Blick des US-amerikanischen Fotografen Johnny Miller auf die Metropolen Mumbai, Nairobi, Mexiko-Stadt und Johannesburg geht auf ästhetisierende Distanz und kommt so der in Stadtform übergeschwappten sozialen Realität ganz nah. Und nein, das sind keine Fotomontagen.

Bilder

- Johnny Miller, *Mumbai, India*, 2017, Drohnenfotografie
© Johnny Miller / unequalscenes.com
- Johnny Miller, *Casey Park, Johannesburg, South Africa*, 2016, Drohnenfotografie
© Johnny Miller / unequalscenes.com
- Johnny Miller, *Santa Fe 2 – Mexico City, Mexico*, 2017, Drohnenfotografie
© Johnny Miller / unequalscenes.com
- Johnny Miller, *Loresho / Kawangare, Nairobi, Kenya*, 2016, Drohnenfotografie
© Johnny Miller / unequalscenes.com
- Johnny Miller, *Khayelitsha (detail) – Near Cape Town, South Africa*, 2018, Drohnenfotografie
© Johnny Miller / unequalscenes.com
- Johnny Miller, *Alexandra – Near Johannesburg, South Africa*, 2018, Drohnenfotografie
© Johnny Miller / unequalscenes.com
- Johnny Miller, *Ixtapaluca (detail) – Mexico City, Mexico*, 2017, Drohnenfotografie
© Johnny Miller / unequalscenes.com

















Dynamiken der Globalisierung oder die Suche nach Gerechtigkeit in den Ruinen des Kapitalismus

Sabine Strasser

In den letzten Jahrzehnten bewegte sich die Anthropologie von einer fast euphorischen Perspektive auf eine Welt ohne Grenzen hin zu einer «dunklen Anthropologie», die zunehmend chronische Ungleichheit auf globaler Ebene in den Blick nahm. Diese anklagende und politisch engagierte Anthropologie bemüht sich seither um tiefe Einsichten in die Dynamiken der Globalisierung und kämpft gegen kulturelle Essentialismen und die Ungerechtigkeiten neoliberaler Transformationen. Doch aus diesen düsteren Bildern entsteht derzeit die ethnografische Suche nach dem hartnäckigen und widerständigen Leben in den Trümmern des Kapitalismus.

Der Medientheoretiker Marshall McLuhan prägte bereits in den 1960er-Jahren den Begriff «Globales Dorf»¹; er bezeichnete damit die Folgen zunehmender und weltweiter elektronischer Vernetzungen und warnte wiederholt vor «too much involvement». Andere Konzepte wie «McDonaldisierung»² verwiesen später auf die drohende kulturelle und ideelle Vormachtstellung der USA und eine kulturelle An-

gleichung in diesem «Dorf». Anthropologische Beiträge der 1980er-Jahre zielten hingegen nicht auf Homogenisierungen, sondern auf die widersprüchlichen und mehrdeutigen Effekte von Globalisierung: Die Arbeiten von Anthropologen wie Eric Wolf, Arjun Appadurai oder Ulf Hannerz zeigten, wie globale Güter und Imaginationen lokal unterschiedliche Rezeptionen erfahren und erneut vielfältig vorgestellt, gefühlt und geformt werden.

Der Kampf der Sozialanthropologie gegen die «Kulturräume»

Diese theoretischen Positionen und ethnografischen Forschungen wurden vehement gegen die bis heute einflussreichen Thesen von ethnischen und kulturellen Fragmentierungen eingesetzt, die in der Folge des globalen Zusammenwachsens nach dem Ende des Kalten Krieges formuliert wurden. Die Sozialanthropologie kritisierte provokative Gegenüberstellungen wie «Jihad vs. McWorld» (Benjamin Barber)³ und insbesondere «Clash of Civilisations» (Samuel P. Huntington)⁴, die eine neue Weltordnung, in der Kulturen statt Ideologien regieren und künftige Konflikte verursachen, deutlich. Anthropologinnen und Anthropologen bekämpften Huntingtons Aufteilungen der Welt in «Kulturräume» und prangerten an, sein Beitrag sei empirisch unhaltbar und schaffe letztlich neue Grenzziehungen und Konflikte, statt bestehende zu erklären.

Sozialanthropologische Forschung zu Konflikten in postsozialistischen Kontexten der 1990er-Jahre hinterfragten simplifizierende Kulturvorstellungen: zum Beispiel für die Balkanregion, wo eine ethnische oder gar ethnischierende Linse die Komplexität der historisch gewachsenen Grenzziehungen vernachlässigte, oder in den grausamen Exzessen zwischen den Bevölkerungsgruppen der Hutu und der Tutsi in Ruanda, deren Ursachen in globalen Machtverhältnissen und kolonialen Konstruktionen statt im gewaltvollen Potenzial ethnischer Differenzen oder der unveränderbaren Essenz von Kultur gefunden wurden.

Bedrohlich wurden die Prozesse der Globalisierung mit den vielfältigen transnationalen Beziehungen somit vor allem durch den globalen neoliberalen Kapitalismus und einen zunehmenden kulturellen Fundamentalismus, dessen Vertreter auf eine Essenz und einen angeblich unveränderbaren Kern von imaginierten Gemeinschaften pochten.

1 McLuhan, Marshall (1962): *The Gutenberg Galaxy. The making of typographic man*, Toronto.
2 Ritzer, George (1995): *Die McDonaldisierung der Gesellschaft*, Frankfurt a.M. (englisches Original erstmals 1993).

3 Barber, Benjamin (1996): *Coca Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen*, München (das englische Original erschien im selben Jahr unter dem Titel «Jihad vs. McWorld»).

4 Huntington, Samuel P. (1996): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München, Wien (englisches Original erschien im selben Jahr mit dem Titel «Clash of Civilisations»).

Essentialisierungen von Kultur als Problem der Wissenschaft

Der aufsteigende Rechtspopulismus im Europa der 1990er-Jahre verortete folglich in der drohenden Vermischung der Kulturen im Zeitalter der Globalisierung eine Gefahr für westliche Gesellschaften. Ein veralteter, vereinfachender und territorial fixierender Kulturbegriff fand dabei besonderen Anklang, wohingegen die Ausbreitung globaler Ökonomien und Welthandelsabkommen nicht infrage gestellt wurden.

Kultur war somit zu einem Zeitpunkt plötzlich in aller Munde, als die Sozial- und Kulturanthropologie begonnen hatte, Essentialisierungen von Kultur als Problem der Wissenschaft zu betrachten. So war es für Rechtspopulisten, wie beispielsweise den Österreicher Jörg Haider, kein Problem, der arabischen Welt und dem damaligen libyschen Präsidenten Muammar al-Gaddafi zugeneigt zu sein, solange «die Araber» in ihren angestammten Gebieten blieben. Dieser Kulturalismus, der die Vereinbarkeit von Kulturen als unmöglich erachtete und von einer territorialen Verankerung von Kulturen und deren Trägerinnen und Trägern ausging, schürte Angst vor den «ultimativ Anderen» im eigenen Land.

Die Lagerbildung zwischen kosmopolitischer Offenheit und kulturalistischer Abschottung beruhte auf wissenschaftlichen Positionen zur Globalisierung, die in der Politik unterschiedlichen Zuspruch fanden. Diesen so begründeten kulturellen Gegensätzen folgten politische Forderungen, zum Beispiel jene nach offenen Grenzen im Inneren von Europa (Schengen-Raum) in Kombination mit verstärkten Kontrollen (Stacheldraht und Abschreckung) an den Außen-gren-zen, welche die europäische Migrationspolitik bis heute überschatten.

Die sozialwissenschaftlichen Kassandrarufer gegen Grenzziehungen blieben von der Politik meist ungehört und kulturalistische Homogenisierungen bestimmen bis heute weiterhin die politischen Debatten zu globaler Migration und Kohabitation. Insbesondere die sogenannten «Flüchtlingsströme» werden oft unabhängig von der Herkunft der betroffenen Menschen als Entitäten repräsentiert, die den Westen bedrohen. Diese Konstruktion von «einheitlichen Massen», denen ein ebenfalls homogener Westen gegenübergestellt wird, werden von Ethnografinnen und Ethnografen immer wieder dekonstruiert, indem sie mit ihren Forschungen auf die Vielfalt und Handlungsfähigkeit von Geflüchteten hinweisen. Um jedoch gehört zu werden, mangelt es den konstruktivistischen Sozial- und Kulturwissenschaften offensichtlich an einfachen, klaren und populären Bildern. Repräsentation von komplexen Zusammenhängen und Selbstreflexivität, welche die Kultur- und Sozialwissenschaften im Kern ausmachen, schwächen gleichzeitig ihre Argumente in den öffentlichen Debatten.

Résumé

Au cours des dernières décennies, l'anthropologie est passée d'une perspective presque euphorique sur un monde sans frontières à une « anthropologie sombre » qui s'est de plus en plus concentrée sur l'inégalité chronique à l'échelle globale. Cette anthropologie accusatrice et politiquement engagée cherche depuis lors à comprendre en profondeur la dynamique de la mondialisation et lutte contre les essentialismes culturels et les injustices des transformations néolibérales. Depuis qu'elle se concentre sur la violence structurelle et la souffrance humaine, la discipline se penche de plus en plus sur des questions existentielles qui comprennent les crises non pas comme des exceptions inattendues, imprévisibles et incontrôlables, mais comme s'inscrivant dans la normalité et la continuité. De ce point de vue, la mondialisation n'est plus considérée comme un processus créatif de production du futur, qui crée des innovations culturelles et des options postnationales, mais plutôt comme un effet du néolibéralisme avec toutes ses dérégulations déstabilisantes.

Toutefois, dans ces débats autour des transformations néolibérales et d'un capitalisme sans scrupule, d'autres voix se font également entendre pour dissuader d'envisager le néolibéralisme comme un « raz-de-marée » inexorable, et inviter plutôt à en analyser les différentes facettes et conséquences. De ce sombre tableau émerge actuellement la recherche ethnographique de la vie qui persévère et résiste dans les ruines du capitalisme.

«Dunkle Anthropologie»

Mit der Jahrtausendwende setzte sich, nicht zuletzt wegen dieser immer deutlicheren kulturellen Fundamentalismen und deren zusätzlicher Stärkung durch den 11. September 2001, eine sogenannte «dunkle Anthropologie» («dark anthropology») durch. Die bekannte US-amerikanische Anthropologin Sherry Ortner versteht darunter anthropologische Beiträge, die während einer anhaltend neoliberalen und damit zunehmend brutalen Version des Kapitalismus Gewalt, Leiden und chronische Ungleichheit in den Mittelpunkt ihrer Forschungen rückten. Ausdruck einer anklagenden und engagierten Anthropologie, die zwar schonungslos aufdeckt, aber keine alternativen Antworten auf Gewalt und Macht anbietet, sind die Arbeiten von Jean und John Comaroff. Sie legen detaillierte Analysen zum Kolonialismus vor mit tiefen Einsichten in den «Milleniumskapitalismus», der ihrer Ansicht nach Homogenisierung gleichzeitig mit neuer Vielfalt zulässt und Armut wie Reichtum hervorbringt.

Der Einfluss der «dunklen Seiten der Disziplin» ging über die Entwicklungen in den USA hinaus. Sie waren eng mit politischen Entwicklungen auch anderswo verwoben, die neue Formen von innerstaatlichen Konflikten genauso umfassten wie Reflexionen zu den Auswirkungen extensiver Ausbeutung von Mensch und Umwelt und die in Europa laut dem libanesisch-australischen Anthropologen Ghassan Hage in einen «umgekehrten Siedlerkolonialismus» während des Sommers der Migration 2015 mündete.

Neoliberale Transformationen und das Ende der Globalisierung?

Der disziplinäre Blick wendet sich, seit er stärker auf Gewalt und das Leiden der Menschheit fokussiert, zunehmend auch existenziellen Fragen zu, die Krisen nicht als unerwartete, unvorhersehbare und unkontrollierbare Ausnahme verstehen, sondern – zumindest für den globalen Süden – als Normalität und Kontinuität. Ethnografien zu Krisen zeigen, wie ökonomische und ökologische Bedingungen der fortgesetzten Ausweglosigkeit in manchen Gegenden des globalen Südens zu Migration und Flucht beitragen. Prekarität, verstanden als ein Leben ohne Hoffnung auf eine Zukunft in Stabilität, ist nicht mehr nur ein Problem der benachteiligten Anderen. Der gegenwärtige Umgang mit den Geflüchteten an den Aussengrenzen der Europäischen Union, vor allem am Mittelmeer wie auch in der Sonora-Wüste an der US-amerikanischen Grenze zu Mexiko oder vor den Küsten Australiens, bringt ethnografische Forschungen auf die Spuren der Toten, jedoch immer wieder auch zu neuen Formen von Solidarität.

Globalisierung wird in dieser Perspektive nicht mehr als kreativer Prozess der Produktion von Zukunft gesehen, der kulturelle Innovation und postnationale Optionen schafft, sondern vielmehr als Effekt des Neoliberalismus mit seinen destabilisierenden Deregulierungen. Nach Meinung von Jean und John Comaroff wurden Strategien der Unterwerfung gar zuerst im globalen Süden erprobt, bevor sie im globalen Norden Zusammenhalt und Sicherheit aus den Angeln zu heben begannen. Doch mischen sich in diese Debatten um neoliberale Transformationen und einen rücksichtslosen Kapitalismus auch Stimmen wie jene von Aihwa Ong, die vorsichtig warnt, dass auch der Neoliberalismus keineswegs wie eine «Flutwelle» (tidal wave) funktioniere, die ausgehend von dominanten Ländern über kleinere Länder hinwegfegt, sondern zu unterschiedlichen Zeiten mit verschiedenen Gesichtern in Länder und Gesellschaften eindringt und unerwartete Anpassungen und auch anhaltenden Widerstand hervorbringt. Anna Tsings Beitrag über die Möglichkeiten, in den Ruinen des Kapitalismus zu leben, bildet einen wesentlichen Beitrag, Zerstörung zu erkennen und zu benennen, aber auch den Aufbruch zu sehen, die Kreativität der Menschen, die nicht mehr an Fortschritt und Konsum glauben.

Den Fokus auch auf diesen Widerstand zu richten, ist ein Anliegen der aktuellen Anthropologie, die gegenüber allzu düsteren Prognosen und allzu dunklen Theorien nun genauso vorsichtig geworden ist wie bei sich auflösenden nationalen Grenzen und angeblichen kulturellen Eindeutigkeiten. Beiträge zu Kämpfen um Komplexität und Heterogenität bei einem tiefen Verständnis von globalen Dynamiken und Machtverhältnissen sind die oft ungehörten Früchte ethnografischer Arbeit. Dieses Anliegen wird jedoch in Zeiten postglobaler Grenzschiessungen gegen Migration und Viren noch wichtiger, da Ethnografie immer untersucht, was Menschen bewegt.



Literatur

- Appadurai, Arjun (1996): *Modernity, at large. Cultural Dimensions of Globalization*. Minnesota.
- James, Paul und John Tulloch (2010): *Global-local consumption (Globalization and culture 3)*, Los Angeles (mit Beiträgen u.a. von Arjun Appadurai, Ulf Hannerz, Jean und John Comaroff).
- Ong, Aihwa und Stephen J. Collier (2005): *Global Assemblages. Technology, Politics and Ethics as Anthropological Problems*, Oxford.
- Tsing, Anna (2015): *The Mushrooms at the End of the World. On the Possibility of Life in Capitalist Ruins*, Princeton und Oxford.

DOI

10.5281/zenodo.3719298

Zur Autorin

Sabine Strasser ist Professorin für Sozialanthropologie an der Universität Bern. Zu ihren Schwerpunkten in Forschung und Lehre gehören Migration und Mobilität, Transnationale Beziehungen, Moralanthropologie, Intersektionalität, Grenzen und Deportationen. In der letzten Zeit arbeitete sie zu intimen Bedrohungen, Prekarität und Kriseneffekten.



Gender matters!

Le genre comme élément crucial de la production des inégalités

Janine Dahinden et Martine Schaer



Protester contre un régime de genre « classique » : la grève nationale des femmes, Bâle, 14 juin 2019.

Le genre est, aujourd'hui encore, un élément crucial dans la fabrication des inégalités sociales. Bien que l'égalité entre femmes et hommes soit en principe acquise sur le plan légal, les lois et les politiques en Suisse sont, de fait, sous-tendues par un régime de genre que nous appelons « classique » et qui se caractérise par une binarité cisgenre et hétéronormative. Ce régime classique reproduit un double paradoxe des inégalités de genre.

Alors que sur le plan légal l'égalité entre femmes et hommes est en principe acquise, comment se fait-il qu'il existe encore tellement de discriminations de genre au sein de la société suisse ? Aujourd'hui, les inégalités de salaire entre femmes et hommes persistent. De même, le « plafond de verre » – expression désignant les réseaux de pouvoir tacites et structurels qui empêchent aux femmes d'accéder aux postes supérieurs¹ – reste fermement en place. Les inégalités (et le sexisme) perdurent également dans le traitement médiatique des personnalités politiques, quand par exemple les politiciennes sont reléguées au domaine de l'émotion, alors que les « compétences » de leurs collègues

1 Par exemple dans les universités. Voir les statistiques du personnel des hautes écoles universitaires selon la catégorie de personnel en 2018, de l'Office fédéral de la statistique.

masculins sont mises en avant². On peut relever aussi que les personnes qui ne correspondent pas au modèle cis-gendre hétéronormatif et binaire sont sujettes à des discriminations structurelles et symboliques multiples et parfois même à des violences psychiques et physiques graves. Ces exemples, loin d'illustrer l'ensemble des inégalités de genre encore existantes, indiquent toutefois que le genre reste un mécanisme fondamental de la (re)production des inégalités sociales.

Le rôle central du genre dans l'organisation des sociétés

Les recherches en Études genre ont bien montré ce rôle central du genre dans l'organisation des sociétés. Le genre n'est pas compris ici comme une caractéristique biologique ou naturelle correspondant à un « sexe », mais comme un élément constitutif des rapports sociaux fondés sur la perception de différences entre les sexes et qui reflètent une matrice souvent binaire (et dichotomique), cis-gendre et hétéronormative. Le genre est ainsi non seulement une composante des identités et subjectivités individuelles, il est aussi une façon primordiale de signifier des rapports de pouvoir et relève de normes et de pratiques au travers desquelles le pouvoir est articulé et les inégalités produites³. Les Études genre analysent ces processus de différenciation et de fabrication des inégalités dans une approche intersectionnelle qui appréhende les inégalités, telles que celles décrites plus haut, comme le produit des imbrications du genre avec notamment l'ethnicité, la classe sociale, la « race » et l'orientation sexuelle⁴.

Ce ne serait pas rendre justice à la richesse de ce vaste champ de recherche que d'essayer d'en résumer les résultats pour illustrer le rôle central du genre dans la (re-)production des inégalités. C'est pourquoi nous avons choisi plutôt de nous focaliser sur un domaine particulier, celui des migrations en Suisse, au travers duquel nous montrons comment les lois, les politiques, les pratiques et les discours ayant cours dans ce domaine sont loin d'être « neutres » mais reflètent au contraire un régime de genre que nous appelons « classique », qui est encore profondément ancré dans la société suisse et contribue à reproduire des inégalités⁵.

Zusammenfassung

Das Geschlecht ist in der Herstellung sozialer Ungleichheiten nach wie vor ein entscheidender Faktor. Obwohl die Gleichstellung von Frauen und Männern gesetzlich verankert ist, besteht in der Schweiz – in der Politik, in Gesetzen, medialen Diskursen usw. – ein Geschlechterregime fort, das sich als «klassisch» bezeichnen lässt. Es steht in einer Logik von Cisgender und heteronormativer Binarität und reproduziert ein doppeltes Paradoxon der Geschlechterungleichheiten: Quasi unter dem Deckmantel der Gleichberechtigung wird insbesondere nicht europäischen Migranten, Migrantinnen und Muslimen, Musliminnen vorgeworfen, aufgrund ihrer kulturellen Herkunft Mann und Frau nicht gleichberechtigt zu behandeln; gleichzeitig bedienen Akteure der offiziellen Schweiz häufig ein Genderregime, in das die Ungleichheit der Geschlechter tief eingeschrieben ist. Dieser Beitrag zeigt anhand von vier Beispielen aus dem Bereich der Migration, wie Grenzziehungsprozesse zwischen Schweizer Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern und den «Anderen» vergeschlechtlicht und auf diese Weise geschlechtsspezifische Ungleichheiten fortgeführt werden.

Des dichotomies sources de profondes inégalités

Une première caractéristique essentielle de ce régime classique de genre est qu'il se fonde sur une division sexuée du travail, qui assigne les hommes à la sphère économique et les femmes à la sphère domestique. La loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE) de 1931, qui répondait aux besoins de main-d'œuvre du marché du travail suisse, reproduisait cette dichotomie travail/famille de manière explicite. Les activités économiques étant, dans ce régime classique de genre, associées exclusivement aux hommes, les hommes migrants étaient définis dans la LSEE comme les pourvoyeurs et chefs de famille, et leurs épouses – et enfants – comme leurs dépendant·e·s. La possibilité que des femmes puissent migrer en tant que travailleuses n'était alors pas envisagée. Ainsi, le permis de séjour de ces femmes migrantes relevait du regroupement familial et leur statut dépendait de celui de leur mari.

Entrée en vigueur en 2008, la nouvelle loi sur les étrangers et l'intégration (LEI) ne définit plus explicitement les migrant·e·s selon cette dichotomie ; pourtant, elle relève du même imaginaire classique de genre. Si, à première vue, le permis de « dépendant·e » est neutre et égalitaire en termes de genre, puisque la LEI prévoit que les hommes, tout comme les femmes, peuvent en bénéficier dans le

-
- 2 Par exemple le rapport du laboratoire d'idées sur l'égalité dans les médias DécadréE : Genre et politique. Représentation dans les médias (2020).
 - 3 Dorlin (2008).
 - 4 Chauvin/Jaunait (2015).
 - 5 Fischer/Dahinden (2017).

cadre du regroupement familial, les retombées de la loi ne le sont d'aucune manière. En effet, en cas de dissolution du mariage dans les trois ans, une personne avec un statut de dépendant·e se voit retirer son permis de séjour suisse. De nombreuses études ont montré que les effets de cette mesure touchent principalement, et gravement, les femmes. En situation de violences domestiques, par exemple, – qui dans la plupart des cas sont le fait d'hommes à l'encontre de femmes –, les femmes migrantes se voient contraintes de rester avec leur mari pour ne pas (risquer de) perdre leur titre de séjour. Cet imaginaire classique de genre est ainsi toujours implicitement présent dans la loi et contribue à des inégalités graves dans la mesure où il participe au renforcement des violences vécues par des femmes confrontées à un choix cornélien : quitter un mari violent ou quitter le pays où elles résident⁶.

Une autre dichotomie profondément inscrite dans ce régime classique de genre et source d'inégalités est celle qui construit la binarité hommes/femmes sur l'opposition public/privé (ou politique/personnel). Dès les années 1970, les féministes ont radicalement remis en cause cette représentation mutuellement exclusive, comme le résume leur slogan « le privé est politique ». L'analyse du domaine de l'asile permet d'en montrer les effets discriminatoires. De nombreuses études ont en effet mis en évidence l'universel masculin sur lequel repose la définition internationale du terme de « réfugié », dans la Convention de Genève tout comme dans la procédure d'asile en Suisse. Dès les années 1980, des recherches critiques ont dénoncé le caractère androcentré du régime de l'asile, et le fait que les persécutions subies par les femmes qui demandent l'asile sont souvent reléguées au domaine du privé. Les violences sexuelles et les viols, par exemple, n'étant pas considérés comme des actes politiques (ou publics) – même quand ils relèvent de violences étatiques –, ne sont dès lors pas reconnus comme des motifs justifiant l'octroi de l'asile en Suisse. Cet androcentrisme a des effets discriminants sur la reconnaissance des motifs d'asile et entraîne des inégalités de traitement qui se font au grand détriment des femmes.

La dimension hétéronormative et cisgenre est une troisième caractéristique de ce régime classique de genre qui se reflète dans les lois du domaine des migrations et remet en question de manière fondamentale le caractère supposément neutre de ces lois. La LEI définit la famille – tout comme le fait l'État suisse – sur la base de l'union conjugale entre un homme et une femme. Cette conception hétéronormative de la famille discrimine les couples de même sexe qui se voient ainsi privés du droit au regroupement familial. Par ailleurs, les recherches ont également montré que ce bais hétéronormatif contenu dans les lois de l'asile discrimine également les requérant·e·s LGBTQI+ avec des conséquences majeures sur la (non-)reconnaissance de leurs mo-

tifs et sur leur procédure d'asile en général. Un des défis ici est de parvenir à s'affranchir d'une conception eurocentrée des identités sexuelles qui prédomine largement dans la procédure d'asile⁷.

Un modèle de citoyenneté hétéronormatif et patrilinéaire

Le dernier exemple renvoie au caractère genré imbriqué dans la logique de l'État-nation et de la citoyenneté et représente également un élément constitutif de ce régime classique de genre. Jusqu'en 1952, les femmes suisses qui épousaient un étranger perdaient leur nationalité. À l'inverse (et jusqu'en 1992), les hommes suisses transmettaient automatiquement la nationalité suisse à leurs épouses d'origine étrangère. Les chercheurs et chercheuses ont montré que ce modèle de citoyenneté patrilinéaire est ancré dans la logique de l'État-nation, elle-même fondée sur des représentations à la fois nationalistes et sexistes. Avec l'introduction d'une procédure de naturalisation facilitée pour les personnes étrangères mariées à un·e ressortissant·e suisse, la nouvelle loi sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse (LN) de 1992 instaure l'égalité entre hommes et femmes (en couples hétérosexuels). Pourtant, malgré cette égalité *de jure*, les études ont montré que l'imaginaire sous-jacent au modèle de citoyenneté patrilinéaire continue d'avoir des effets discriminants⁸. Lors de la procédure de naturalisation facilitée, les hommes suisses sont souvent perçus par les personnes en charge de la procédure comme légitimes de transmettre leur nationalité à leurs épouses, surtout si celles-ci sont d'origines extra-européennes. L'image d'un homme suisse délivrant une femme extra-européenne de la pauvreté (ou d'autres malheurs) est un stéréotype toujours vivace. À l'inverse, les femmes suisses sont davantage perçues comme des victimes potentielles et passives, plutôt que comme des citoyennes, surtout si leurs époux sont extra-européens, plus jeunes ou issus de l'asile. Ces derniers sont alors soupçonnés de s'être mariés pour des raisons stratégiques et d'être peu acquis, en raison de leurs prétendues « origines culturelles », au principe d'« égalité » tenu pour pleinement accompli en Suisse. C'est cette construction de l'altérité que nous avons qualifiée ailleurs de « nationalisme de genre »⁹. Comme dans les exemples précédents, cet imaginaire, ici nationaliste et sexiste, n'est pas sans conséquence pour les acteur·e·s puisqu'il peut donner lieu à des investigations plus intensives et influencer l'issue de la procédure de naturalisation¹⁰.

6 La nouvelle loi stipule que le permis peut être prolongé pour raisons personnelles majeures. Mais il incombe à la personne qui invoque ce motif d'en fournir la preuve.

7 Güler/Shevtsova/Ventura (2019).

8 Par exemple Kristol/Dahinden (2019).

9 Voir le blog «Gendernationalism as a new expression of political nationalism» sur gendercampus.ch.

10 Voir aussi le blog « Naturalisation facilitée : < Suissitude > et inégalités de genre » sur blog.nccr-onthemove.ch.

Le double paradoxe des inégalités de genre

Ces quatre exemples illustrent ce que nous appelons « le double paradoxe des inégalités de genre ». Alors que la société suisse – notamment à travers les médias et le politique – reproche souvent aux « autres » – en particulier aux migrant·e·s extra-européen·ne·s et aux musulman·e·s – de ne pas respecter l'égalité entre hommes et femmes, dans le même temps, dans le domaine des migrations et de l'asile comme dans d'autres domaines, les acteur·e·s suisses mobilisent des représentations qui reproduisent un imaginaire classique et parfaitement inégalitaire du genre, avec pour effet de discriminer les femmes ainsi que toutes les personnes qui n'entrent pas dans le moule de ce modèle hétéronormatif et cisgenre. Ces représentations classiques sont fortement ancrées en Suisse, naturalisées, hégémoniques, et donc difficilement visibles. Et c'est notamment un des objectifs des Études genre que de les mettre en lumière, d'en comprendre les mécanismes et d'en exposer les conséquences.

Ainsi, non seulement, les inégalités de genre perdurent en Suisse sous des formes multiples, mais en outre, des représentations classiquement genrées et sexistes sous-tendent souvent la gestion gouvernementale, l'élaboration des lois et les procédures administratives de leurs mises en œuvre, sous couvert d'une apparente neutralité. Ce double paradoxe montre la force et la prégnance des représentations et des rapports de pouvoir genrés en Suisse qui se cumulent dans des inégalités de fait, comme celles soulevées au début de cet article.

Références

- Chauvin, Sébastien et Alexandre Jaunait (2015) : L'intersectionnalité contre l'intersection, dans : *Raisons politiques* 58,2, pp. 55-74. DOI : 10.3917/rai.058.0055.
- Dorlin, Elsa (2008) : *Sexe, genre et sexualités : introduction à la théorie féministe*, Paris.
- Fischer, Carolin et Janine Dahinden (2017) : Gender Representations in Politics of Belonging: An Analysis of Swiss Immigration Regulation from the 19th Century until today, dans : *Ethnicities* 17,4, pp. 445-468. DOI : 10.1177/1468796816676844.
- Güler, Arzu, Maryna Shevtsova et Denise Ventura (2019) : LGBTI Asylum Seekers and Refugees from a Legal and Political Perspective, Cham.
- Kristol, Anne et Janine Dahinden (2019) : Becoming a citizen through marriage : how gender, ethnicity and class shape the nation, dans : *Citizenship Studies* 24,1, pp. 40-56. DOI : 10.1080/13621025.2019.1691152.

DOI

10.5281/zenodo.3723104

Les auteures

Janine Dahinden est professeure ordinaire d'études transnationales à l'Université de Neuchâtel, où elle dirige la Maison d'analyse des processus sociaux (MAPS). Elle préside en outre la Société Suisse d'Études Genre.

Martine Schaer est doctorante au Laboratoire d'études des processus sociaux de l'Université de Neuchâtel et secrétaire de la Société Suisse d'Études Genre.



Mitte und Mittelmass: zwischen privilegierter Gleichheit und kompetitiver Differenz

Stefan Groth

Zur Mitte zu gehören, ist keine Selbstverständlichkeit mehr: Es ist eine Errungenschaft, die erreicht und gehalten werden muss. Doch mit welchen Fähigkeiten? Und in Konkurrenz zu wem? Solche Fragen gehen über sozioökonomische Kennzahlen von Mittelschicht hinaus und erfordern den Blick auf die alltäglichen Aushandlungen, in denen Vorstellungen der Mitte als Differenz und Gleichheit erst hergestellt werden.

Die Debatten in vielen Industrienationen legen es uns nahe: Die Mittelschicht «schrumpft», steht «unter Druck» oder ist «bedroht». Zwar ist die Mittelschicht unter ökonomischen Gesichtspunkten relativ stabil. Für die Schweiz stellte dies etwa der Bundesrat im Mai 2017 fest¹; zu ähnlichen Ergebnissen für andere westliche Staaten kam auch ein Team um den Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty². Nichtsdestoweniger verweisen die in unregelmässigen Abständen wiederkehrenden Mahnungen um die Mitte darauf, dass deren objektive Stabilität von subjektiven Befürchtungen um deren Fragilität begleitet wird.

Individuelle Sorgen darum, ob die eigene Erwerbsbiografie in die Mittelschicht führt, hängen unter anderem mit Veränderungen des Arbeitsmarktes zusammen: Arbeitnehmer sollen flexibler und eigenverantwortlicher sein als früher, mit komplexen Anforderungen umgehen und sich im Sinne des «lebenslangen Lernens» darum bemühen, notwendige Kenntnisse zu antizipieren und zu erwerben.³ Wandel, Dynamik und damit verbunden auch Unsicherheiten und Risiken prägen die Arbeitsmärkte; wer denselben Beruf bei demselben Arbeitgeber über Jahrzehnte ausübt, ist die Ausnahme.

Stabilität als Ziel

Richtet man den Blick von volkswirtschaftlichen Diagnosen der relativen Stabilität der Mittelschicht hin zu den alltäglichen Herausforderungen des Erwerbslebens wird deutlich, warum die Erhaltung eines gesicherten Status im Sinne einer Positionswahrung und Besitzstandssicherung mit Abstiegsängsten gekoppelt ist. Die damit verbundene Wertschätzung der Mittelschicht kommt zum Beispiel

1 Stellungnahme des Bundesrats vom 10. Mai 2017 zur Interpellation 17.3244 «Zunehmende Ungleichheit. Der Mittelstand gerät unter Druck» von Nationalrat Mathias Reynard.

2 Alvarado, Facundo et al. (2018): World Inequality Report 2018, München.

3 Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt a. M.

in Studien über Jugendliche zum Ausdruck: Nicht Karriere und Reichtum, sondern die Zugehörigkeit zu einer dynamischen Mitte und der Wunsch nach Stabilität werden hier als Ziele formuliert.⁴ Mit diesen Zielen einher geht eine Abgrenzung gegenüber schlechteren Einkommensverhältnissen im Sinne eines ökonomischen und sozialen Abstiegs. Deutlich wird dabei aber nicht nur eine «Abgrenzung nach unten», sondern auch eine «Begrenzung nach oben»: gegen übermäßige Karriereorientierungen, gegen eine Priorisierung von Einkommen gegenüber dem Sozialleben und – positiv gewendet – auch für eine Work-Life-Balance als «Vorstellung eines ganzen, gelungenen Lebens mit einer Balance von verschiedenen Lebensbereichen».⁵

Wettbewerb ums Mittelmaß

Solche Orientierungen an der Mittelschicht scheinen auf ein Streben nach «privilegierter Gleichheit» zu verweisen. Allerdings kann der etwas egalitäre Klang des Ziels, nicht besonders hervorzutreten, sondern in Bezug auf Einkommens- und Besitzverhältnisse *nur* Mittelmaß zu sein, nicht verdecken, dass es sich dabei um ein höchst kompetitives und dynamisches Unterfangen handelt, dass der Anstrengung, des Glücks und der Kompetenz bedarf – oder einer Kombination dieser Aspekte. Ein mittleres Mass zu erreichen und diese Position der Mitte zu wahren, sind eben keine Selbstverständlichkeiten, sondern voraussetzungsvoll. Die damit verbundenen Prozesse streben zwar nicht unbegrenzt nach oben oder nach mehr. Sie gehen aber dennoch mit Druck und Zwang zur Anpassung und Optimierung einher. Als «sozialkomparative Handlungsorientierungen» sind «Konformität, Positionssicherung und Besitzstandwahrung»⁶ im Sinne von Bezugnahmen auf die Mitte doppelt zu deuten: zum einen als sichernder und wahrer Umgang mit sozialem und ökonomischem Druck, zum anderen als positive Aneignung und Praxis, die Mitte und ein mittleres Mass als erstrebenswerte Ziele deutet. Die notwendigen Anstrengungen und Zwänge, um im «Wettbewerb ums Mittelmaß» mithalten zu können, treffen auf eine als freiwillig verstandene positive Bezugnahme auf die Mitte als erreichbares Ziel.

Mit dem Begriff des Mittelmasses meine ich hier nicht die alltagssprachlich-abwertende Dimension des Begriffes, mit der ein ungewolltes Defizit beschrieben wird, sondern Bezüge auf Bewertungs- und Einordnungslogiken,

4 Calmbach, Marc et al. (2016): Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Wiesbaden.

5 Oechsle, Mechthild (2009): Work-Life-Balance: Diskurse, Problemlagen, Forschungsperspektiven, in: Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie, hg. von Becker, Ruth und Beate Kortendiek, Wiesbaden, S. 227–236, hier S. 227.

6 Nullmeier, Frank (2016): Politische Theorie des Komparativs: Soziale Vergleiche und gerechte Gesellschaft, in: Mittelweg 36 25,2, S. 56–73, hier S. 57.

Résumé

Appartenir à la moyenne ne va plus de soi : il s'agit d'un acquis que l'on doit atteindre et maintenir. Mais avec quelles capacités ? Et en concurrence avec qui ? Ces questions dépassent les indicateurs socio-économiques de la classe moyenne et nécessitent un regard sur les négociations quotidiennes dans lesquelles sont produites les représentations du milieu entre différenciation et égalité.

Ce qui est compris par la moyenne, individuellement ou dans des domaines spécifiques, est susceptible d'évoluer et résulte des réalités du contexte en question. La compréhension de la classe moyenne dépend des niveaux d'expérience et de carrière individuels, ainsi que de l'évolution du marché du travail et de l'entreprise. Le revenu qui est positivement considéré comme « moyen » aujourd'hui peut soudainement être trop bas demain. Par conséquent, la moyenne est une constante mise en corrélation. En tant que différence compétitive, une valeur moyenne marque la limite inférieure, en tant qu'égalité privilégiée elle représente un équilibre entre vie professionnelle et vie privée ; en même temps elle est un moyen de justifier sa propre position qui n'est que moyenne – et en fin de compte, la tentative d'être dans la moyenne produit toujours simultanément de l'égalité et de l'inégalité.

bei denen sich Abgrenzungen gegenüber «schlechteren» oder «schlechter gestellten» Akteuren wie auch gegenüber «besseren» oder «besser gestellten» Akteuren feststellen lassen. Mittelmaß bezieht sich in diesem Sinne weniger auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder Schicht, sondern konstituiert eine spezifische Orientierung, bei der nicht die Spitze – die Spitzenposition mit herausragendem Verdienst – und ebenso wenig das Schlussfeld – die prekäre Beschäftigung – zum Ziel gesetzt wird. Mittelmaß ist damit eine durchaus positive Markierung einer Position, die zunächst erreicht werden muss, deren Erreichen oder Halten aber auch als erstrebenswert gesehen wird. Es ist entsprechend keine Zwischenposition innerhalb eines Entwicklungsverlaufes, bei dem eigentlich *mehr* angestrebt wird, sondern eine positive Bestimmung und Orientierung, die sich aus unterschiedlichen Quellen speisen kann.

Herstellung der Mitte

Die positive Bestimmung oder Markierung von Mittelmaß ist eine situativ hergestellte Orientierung, die sich verfestigen kann, aber beständig neu ausgehandelt wird. Was unter Mittelmaß individuell oder in spezifischen Feldern verstanden wird, unterliegt dem Wandel und richtet sich – als relationale Praxis – nach Gegebenheiten des Kontextes. So ist etwa das Verständnis von Mittelmaß abhängig von

individuellen Erfahrungs- und Karrierestufen wie auch von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und im Unternehmen. Das Einkommen, das heute als positives Mittelmaß gilt, kann morgen plötzlich zu wenig sein. Mittelmaß ist entsprechend ein In-Beziehung-Setzen der eigenen Position und Leistungen zu anderen Akteuren sowie zu gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen. Jede und jeder muss immer wieder neu antizipieren, was künftig nötig sein wird, um zur Mitte zu gehören: Welche Fähigkeiten müssen erworben werden, um die angestrebte mittlere Position halten zu können? Mit wem wird man um die Mitte konkurrenzieren?

Das Mittelmaß ist vielfältig: privilegierte Gleichheit, geprägt durch eine ausgeglichene Work-Life-Balance; Möglichkeit, die eigene *nur* mittlere Position zu rechtfertigen – und letztlich immer Herstellung von Gleichheit und Ungleichheit zugleich.

●



In der Mitte: Gleichheit oder Austauschbarkeit, Stabilität oder Stillstand? Szene aus dem Stop-Motion-Film «Anomalisa» (2015).

Literatur

- Groth, Stefan (2019): Optimierung bis zur Mitte. Selbstoptimierung als Konstellation und relationale Subjektivierung, in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 122,1, S. 27–54.
- Mau, Steffen (2012): Lebenschancen: Wohin driftet die Mittelschicht?, Berlin.
- Wagner, Greta (2015): Arbeit, Burnout und der buddhistische Geist des Kapitalismus, in: Ethik und Gesellschaft 2, S. 1–18. doi.org/10.18156/eug-2-2015-art-2.

DOI

10.5281/zenodo.3716156

Zum Autor

Stefan Groth ist Oberassistent am Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft der Universität Zürich und leitet das «Labor Populäre Kulturen». Er arbeitet zu politischen Narrativen aus erzählforscherischer Perspektive sowie zur Produktion Europas in alltäglichen Kontexten ausserhalb Europas.



La percezione delle piccole differenze

Dario Petrini

Si direbbe che viviamo in mezzo alle differenze. Di solito ci colpiscono quelle vistose, ma chi si occupa di lingue orali (dialetti) è spesso confrontato con divergenze linguistiche minime, avvertite tuttavia come discriminanti dai locutori. Alcune si fissano in strutture che vengono ripetute, con finalità che vanno dallo schernire pesantemente l'altro fino a una sua rappresentazione innocua.

Parlano in modo diverso: gli altri

I parlanti si accorgono prima di tutto delle differenze legate alla variazione nello spazio. L'altro può essere qualcuno di cui non si capisce la lingua. Di essa si avvertono allora solo suoni ed espressioni frequenti, disponibili per etichettare facilmente chi la parla. Così si spiega *cinciáu, cinciáus*, che a Bellinzona indicava il grigionese di lingua romancia: nel discorso dei romanciofoni colpiva il ripetersi di *tschintschar* 'parlare', del suono *áu* e delle *-s* in fine di parola. L'altro, più spesso, parla invece come noi, ma realizza diversamente alcuni suoni. Nei dialetti ticinesi la *-n* finale dopo vocale accentata si pronuncia velare (cioè, come nell'italiano *anche*), mentre in aree della vicina Lombardia al suo posto compare una vocale nasalizzata (il suono finale che, in francese, si ha leggendo parole come *on, plan, un* ecc., rappresentabile con una tilde sopra la vocale). Ebbene, stando a un aneddoto, i barcaiolì che svolgevano servizio di traghetto da Bissone a Melide prima che si costruisse il ponte-diga chiedevano ai passeggeri: *che l disa can!* 'dica cane!'; se come risposta giungeva il *cã*

lombardo, replicavano *a gh'è vint ghéi da pagá* 'ci sono 20 centesimi da pagare'. Un esempio di "scibboleth", termine che si impiega in riferimento all'episodio biblico di Giudici 12.4-6, cui rimandiamo il lettore curioso.

Sono ben diffuse espressioni di scherno come la seguente. La maggior parte dei dialetti della Svizzera italiana possiede il suono *ü* (simile a quello nel francese *dur*, o nel tedesco *Hütte*); alcuni villaggi o microregioni presentano invece al suo posto una *u* (come quella nell'italiano *duro*). Ora, succede che i parlanti in *ü* deridano gli altri con l'espressione *van, duu, tucc in un mucc* 'uno, due, tutti in un mucchio'. In simili sequenze si nota l'insistenza sul suono che usa la minoranza (qui ripetuto quattro volte), ma anche una ricerca di coerenza fra gli elementi: non si parla di un esemplare solo, né di due, ma di tutti, che formano un intero mucchio. Più che allo scherno, fa invece pensare alla conoscenza delle peculiarità altrui la ripresa dell'avverbio *mò* 'ora, in questo momento', distintivo del Mendrisiotto: reduplicato in *momò*, forma il soprannome con il quale sono noti in Ticino gli abitanti del distretto di Mendrisio.

La particolare consonante dei dialetti alpini che trascriviamo come *c'* (corrispondente più o meno al [kj] iniziale nella parola italiana *chiave*) introduce un aspetto complementare a quanto abbiamo visto fin qui: la coscienza che una comunità può avere di un suo tratto differenziale. Nascono talvolta enunciati di sfida come, ad Airolo, *c'èrn sèc'a d c'èura cèc'a* 'carne secca di capra pezzata', incentrato sulla pronuncia non facile, e ripetuta a breve distanza, del suono sentito come locale. D'altro canto, questo stesso suono ci consente di parlare di un

altro tipo di variazione (socio)linguistica. Vi è infatti una tendenza ad abbandonare le peculiarità locali per vari motivi, come l'avvicinamento a modi di parlare più prestigiosi. Questo comportamento si è cristallizzato, a Sonogno, nella locuzione *parlaa in ch* (pronuncia [k]) 'parlare in *ch*', che significa 'parlare affettatamente, con accento depurato dalle particolarità locali'. 'Affettatamente' suggerisce una valutazione comunitaria negativa. Ci interessa comunque che, focalizzandosi sulla sostituzione di un singolo suono, la *c'*, con *ch*, l'espressione intende cogliere l'abbandono delle caratteristiche locali nel loro insieme.

E noi?

Con l'ultimo esempio siamo passati da contrapposizioni fra interno ed esterno alla comunità locale a una differenza tutta interna. Così accade anche nel prossimo, riguardante un'altra dimensione ancora, che si manifesta nel campo degli allocutivi. Il pronome *lüü*, unico corrispondente attuale del *lei* italiano di cortesia, ha raggiunto solo a un certo momento le valli ticinesi, ponendosi accanto al *tí* 'tu' che si dà ai pari e al *vü* 'voi' che si impiegava come forma di rispetto. L'uso del nuovo pronome era inizialmente molto limitato, secondo quanto scrive nel 1889 L. Demaria di Leontica, in Valle di Blenio: "il moderno *lü* non si dà che al curato ed agli estranei di riguardo". L'innovazione si è imposta senza difficoltà? A un qualche ostacolo sembra alludere la seguente battuta, raccolta a Castel S. Pietro, che risolve così il problema della nuova e della vecchia regola: *mí ga du dal tí a tücc vía che a tí, sciur cüráa!* 'io do del tu a tutti, meno che a te, signor curato!'

Non va infine dimenticata la variazione attraverso il tempo. Un parlante arriva talora a sentirla quando confronta il dialetto dei giovani con il proprio. È quanto fa G. Lurati di Cama, in una nota del 1972 dove identifica due fenomeni che contrastano con la trasmissione tradizionale del lessico. Il primo è il passaggio generazionale fallito di molti termini, come *disgagiada* 'disinvolta', *cavézz* 'in ordine', *batagéra* 'pettegola', "caduti in disuso e forse ignorati dalla nuova generazione". Il secondo, la sostituzione con elementi presi di peso dall'italiano: *inzibi* 'offrire' viene soppiantato da *ofrí*, *moltrucch* 'impacciato' da *impaciò*.

Un caso noto

Chiudiamo ricordando una differenza interna al dialetto di Poschiavo. Nel 1873, il grande glottologo G.I. Ascoli nota che i cattolici impiegano forme partecipiali come *mandú* 'mandato', *inganú* 'ingannato', i riformati invece *restá* 'restato', *guardá* 'guardato'; esistono inoltre coppie di nomi come *flú/ flá* 'fiato', *prú/ prá* 'prato'. La contrapposizione appare oggi piuttosto sbiadita. Interessa comunque che si sia fissata in una sorta di formula: *un prú al pò diventá un prá, ma un prá al diventará mai un prú* 'un *prú* può diventare un *prá*, ma un *prá* non diventerà mai

un *prú*' (per l'interpretazione vedi Grassi 2008). Ma quale legame ha il caso poschiavino con gli altri qui presentati? Ascoli osserva che l'esito cattolico è l'elemento sviluppatosi regolarmente a Poschiavo a partire dalla sequenza latina -ATU (lo si ritrova in altri dialetti alpini, in genere conservativi); l'uscita dei riformati, invece, "è lombarda, cioè rappresenta, o predilige, com'è abbastanza naturale, il più moderno dei due elementi". All'arrivo della nuova confessione, la variazione spaziale (l'uscita riformata non era locale) e temporale (era più moderna) sono servite agli aderenti al protestantesimo per creare un tratto-bandiera, mentre i cattolici si sono aggrappati all'esito tradizionale, come hanno mantenuto l'antica fede.

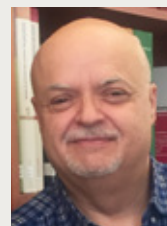
●
In questa sezione i collaboratori dei quattro vocabolari nazionali della Svizzera sono stimolati a intervenire su un argomento prestabilito. In questo numero: "la differenza".

Bibliografia citata

- Ascoli, Graziadio Isaia (1873): Saggi ladini, in: Archivio Glottologico Italiano 1, pag. 281.
- Demaria, Luigi (1889): Curiosità del vernacolo bleniese colte dal leontichese L. D. sulla bocca di sua madre, Bellinzona, pag. 25.
- Grassi, Linda (2008): Profilo linguistico del Grigioni italiano, in: Quaderni grigionitaliani 77, 4, pag. 463.
- Lurati, Germano (1972): Miscellanea a proposito del nostro dialetto, in: Almanacco del Grigioni italiano, pag. 194.

L'autore

Dario Petri è dialettologo e redattore capo del Vocabolario dei dialetti della Svizzera italiana.



Unterschiedliche Wahrnehmung der Umwelt

Laurent Zecha

Umweltstatistiken beruhen meist auf Messungen in der Natur. Doch wie nimmt die Bevölkerung die Umwelt wahr? Damit beschäftigt sich die Erhebung «Umweltqualität und Umweltverhalten» des Bundesamts für Statistik (BFS), die 2019 zum dritten Mal durchgeführt wurde. Nebst Veränderungen über die Zeit zeigen sich dabei auch Wahrnehmungsunterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen.

2019 fiel die Beurteilung des Umweltzustands durch die Bevölkerung deutlich schlechter aus als bei früheren Befragungen: So wurde die Umweltqualität in der Wohnumgebung von 89 Prozent als sehr gut oder eher gut bewertet, während in den Jahren 2015 und 2011 noch jeweils 95 Prozent dieser Ansicht waren. Bei der Beurteilung der Umweltqualität in der Schweiz insgesamt ist der Anteil positiver Bewertungen von 92 auf 84 Prozent zurückgegangen. Die Umweltqualität weltweit wurde 2019 lediglich von 13 Prozent der Bevölkerung der Schweiz als sehr gut oder eher gut beurteilt, dies gegenüber 20 Prozent im Jahr 2015 und 23 Prozent im Jahr 2011. (siehe Grafik 1)

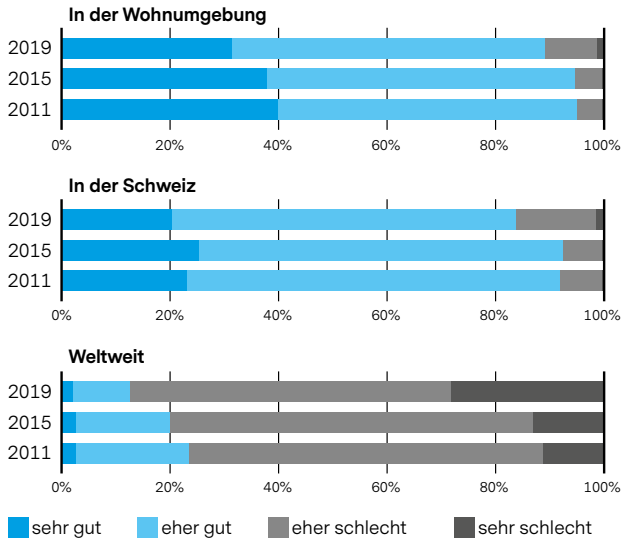
Der Vergleich zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen zeigt, dass die ausländische Wohnbevölkerung die Umweltqualität tendenziell positiver beurteilt als die Schweizerinnen und Schweizer. Zwischen den Geschlechtern bestanden 2019 keine signifikanten Unterschiede mehr: Die Einschätzung der Männer hat sich über die Jahre an diejenige der Frauen angeglichen.

Verkehrslärm, Luftverschmutzung und Strahlung stören zunehmend

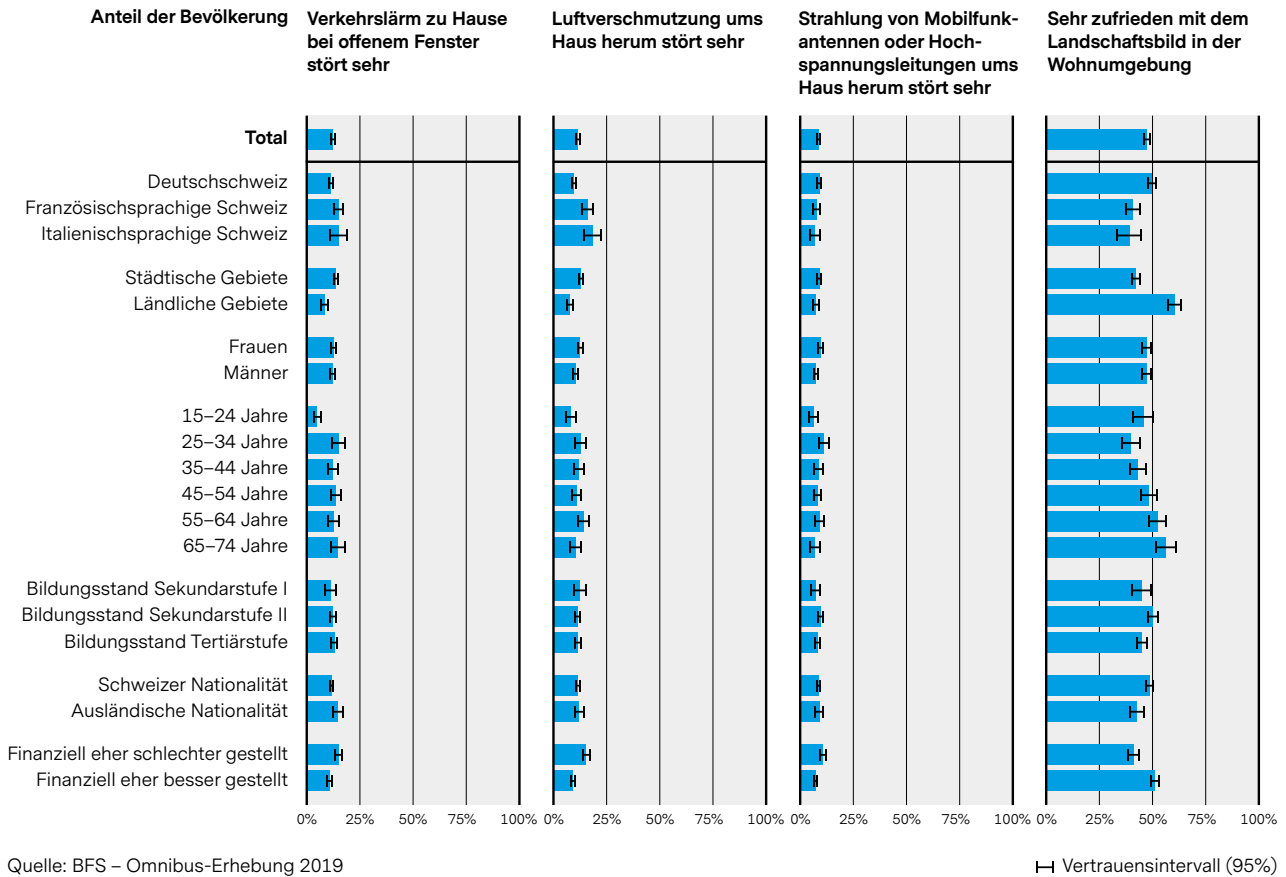
Auch wenn die Umweltqualität in der Wohnumgebung und innerhalb der Schweiz nach wie vor überwiegend positiv beurteilt wird, machen bestimmte Umweltbedingungen der Bevölkerung zunehmend zu schaffen. So empfanden 2019 12 Prozent den Verkehrslärm zu Hause als sehr störend, gegenüber 9 Prozent im Jahr 2011. Ausserdem fühlten sich 2019 12 Prozent der Bevölkerung durch die Luftverschmutzung sehr gestört und 9 Prozent durch die Strahlung von Mobilfunkantennen oder Hochspannungsleitungen. Diese Anteile haben sich seit 2011 gar mehr als verdoppelt. Mit dem Landschaftsbild in ihrer Wohnumgebung zeigten sich 2019 47 Prozent der Bevölkerung sehr zufrieden. 2011 hatte dieser Wert noch 56 Prozent betragen. (siehe Grafik 2)

Ärmere Bevölkerung stärker betroffen

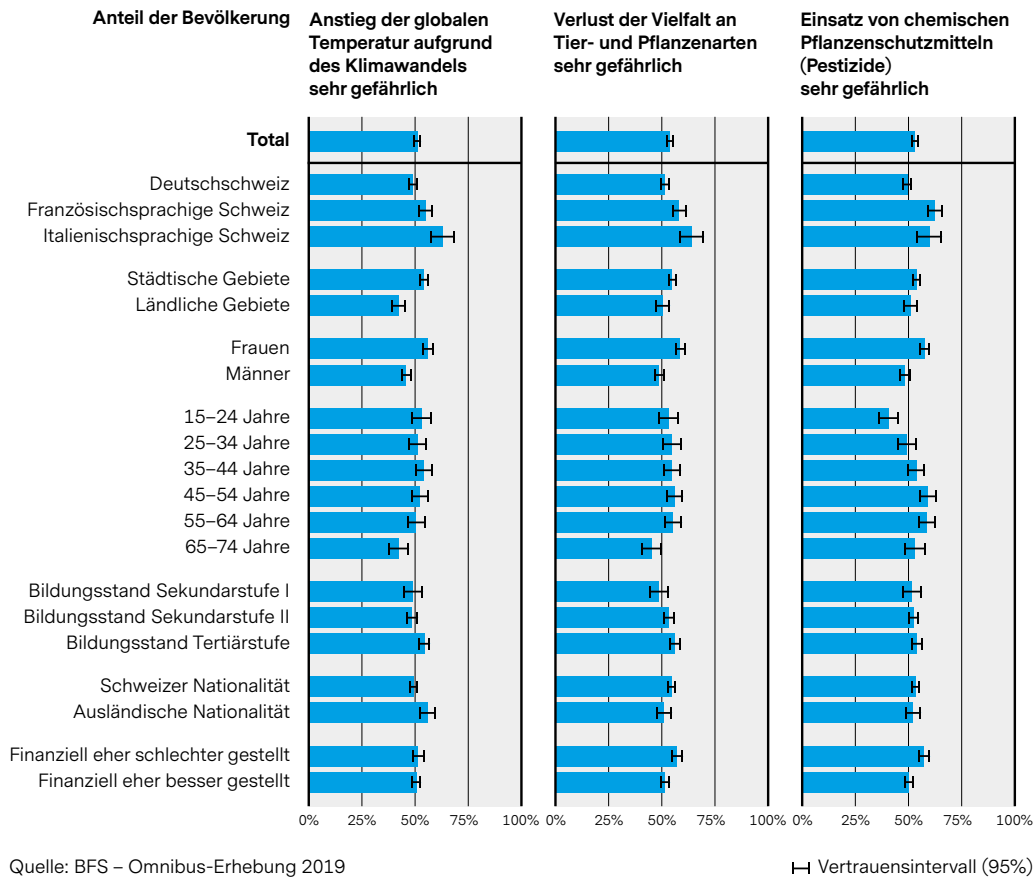
Verkehrslärm und Luftverschmutzung wurden 2019 vor allem in städtischen Gebieten als Problem wahrgenommen, Luftverschmutzung ausserdem insbesondere in der lateinischen Schweiz. Die 15- bis 24-Jährigen empfanden den Verkehrslärm als weniger gravierend als andere Altersgruppen; zudem gaben finanziell schlecht gestellte Personen häufiger als andere Gruppen an, unter den Einwirkungen von Lärm, Luftverschmutzung und Strahlung zu leiden. Die Zufriedenheit mit dem Landschaftsbild war in den ländlichen und den deutschsprachigen Gebieten höher als in den anderen Landesteilen. In der Tendenz ist hier ausserdem ein



Grafik 1: Einschätzung der Umweltqualität (Anteil der Bevölkerung).



Grafik 2: Wahrnehmung von Umweltbedingungen in der Wohnumgebung, 2019.



Grifik 3: Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Pestizide als Gefahr für Mensch und Umwelt, 2019.

Anstieg der Zufriedenheit mit zunehmendem Alter feststellbar. Finanziell gut gestellte Personen schliesslich waren eher zufrieden mit dem Landschaftsbild in ihrer Wohnumgebung als Leute, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen.

waren 2019 bereits 54 Prozent dieser Meinung. Beim Klimawandel stieg der entsprechende Wert in derselben Periode von 34 Prozent auf 51 Prozent. Daten zur Wahrnehmung des Einsatzes von Pestiziden liegen nur für das Jahr 2019 vor: 53 Prozent der Bevölkerung beurteilten diesen als sehr gefährlich für Mensch und Umwelt. (siehe Grifik 3)

Biodiversitätsverlust, Pestizide und Klimawandel beunruhigen am häufigsten

Jeweils über 50 Prozent der Bevölkerung schätzten 2019 den Verlust an Biodiversität, den Klimawandel und den Einsatz von Pestiziden als sehr gefährlich für Mensch und Umwelt ein. Andere Umweltveränderungen und Technologien wie Kernkraftwerke, die Abnahme der Rohstoffbestände, die Ausbreitung der Siedlungsflächen, Mobilfunkantennen, der motorisierte Verkehr oder die Gentechnik in Medizin und Forschung beziehungsweise zur Herstellung von Lebensmitteln wurden allesamt als weniger gefährlich beurteilt. Wie schon bei der Einschätzung der Umweltqualität hat auch hier seit 2015 ein teilweise markanter Sinneswandel stattgefunden: Wurde der Verlust der Biodiversität damals erst von 36 Prozent als sehr gefährlich erachtet,

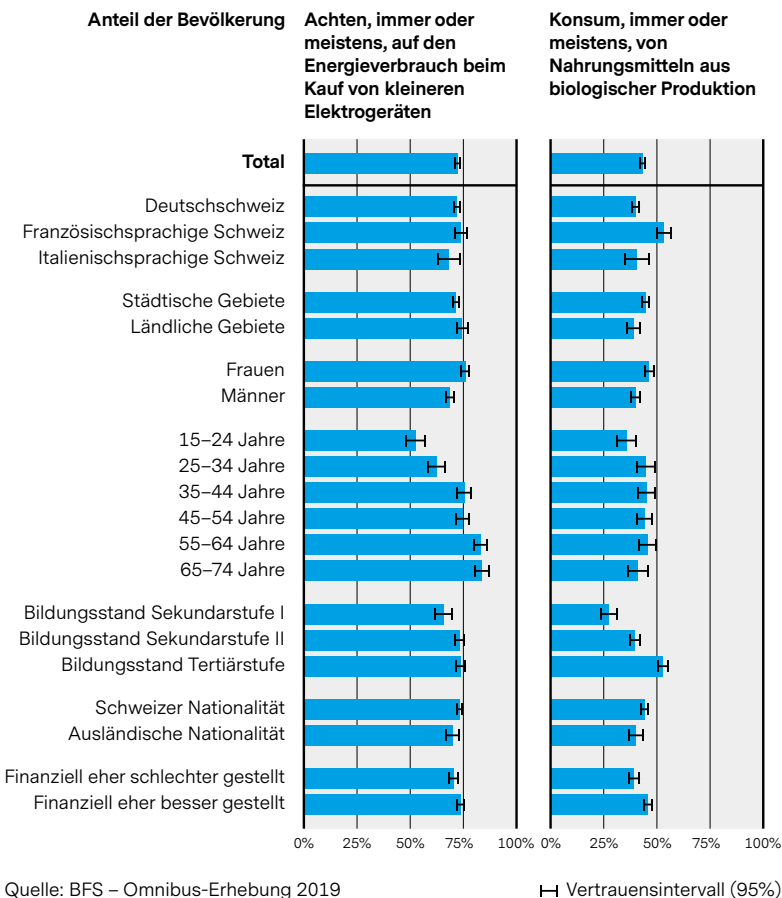
Männer schätzen Umweltgefahren als geringer ein als Frauen

Auch bei der Einschätzung der Umweltgefahren zeigen sich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen teilweise signifikante Unterschiede: So wurde 2019 der Klimawandel in der Deutschschweiz weniger problematisch bewertet als in der italienischen Schweiz. Dasselbe gilt für ländliche Gebiete gegenüber städtischen, Männern gegenüber Frauen sowie für Personen mit Schweizer Nationalität gegenüber der ausländischen Bevölkerung. Bei detaillierterer Betrachtung zeigt sich, dass inländische und ausländische Frauen sowie ausländische Männer den Klimawandel alle in etwa gleich beurteilten. Inländische Männer hingegen schätzten ihn seltener als sehr gefährlich ein. Der Biodiver-

sitätsverlust und der Einsatz von Pestiziden wurden in der Deutschschweiz und von Männern ebenfalls als weniger gefährlich beurteilt. Vergleichsweise weniger Besorgnis erregten diese Themen auch bei den finanziell besser gestellten Bevölkerungsteilen. Dies im Unterschied zum Klimawandel, auf dessen Beurteilung die ökonomische Situation keinen Einfluss zu haben scheint.

Status quo beim Stromsparen, Zunahme beim Biokonsum

Die seit 2015 insgesamt gestiegene Besorgnis der Bevölkerung über den Zustand und die Gefährdung der Umwelt widerspiegelt sich nur teilweise in deren Umwelthverhalten. So ist 2019 der Anteil derjenigen, die beim Kauf von kleineren Elektrogeräten oder Leuchtmitteln immer oder fast immer auf deren Stromverbrauch achten, in etwa gleich geblieben wie 2015. Beim Konsum von Lebensmitteln hingegen hat sich der Trend zu mehr Bioprodukten 2019 fortgesetzt: Zwar war 2019 der Anteil Personen, die von sich sagen, immer oder meistens Bioprodukte zu kaufen, nicht signifikant grösser als 2015. Jedoch ging in diesem Zeitraum der Anteil derjenigen, die dies selten oder nie tun, von 26 Prozent auf 19 Prozent zurück. (siehe Grafik 4)



Grafik 4: Umweltrelevantes Verhalten im Alltag, 2019.

Résumé

Les statistiques environnementales sont principalement basées sur des mesures de la nature. Mais comment la population perçoit-elle l'environnement ? Cette question fait l'objet de l'enquête « Qualité de l'environnement et comportements environnementaux » menée en 2019 par l'Office fédéral de la statistique (OFS) pour la troisième fois. Outre les changements intervenus au fil du temps, l'enquête révèle également des différences de perception entre les groupes sociaux.

En 2019, l'évaluation de l'état de l'environnement par la population était nettement moins bonne que lors des enquêtes précédentes : dans l'appréciation de la qualité de l'environnement en Suisse, la proportion d'évaluations positives est passée de 92 à 84 % depuis 2011. La comparaison entre différents groupes socio-économiques montre que la population étrangère résidant dans le pays a tendance à évaluer la qualité de l'environnement de manière plus positive que les Suisses. Les personnes financièrement défavorisées ont déclaré plus souvent que d'autres groupes souffrir des effets du bruit, de la pollution de l'air et des radiations. En outre, il n'y a plus de différences significatives entre les hommes et les femmes dans l'évaluation de la qualité de l'environnement. En revanche, l'enquête a montré que les femmes, les personnes au bénéfice d'une formation supérieure ainsi que les personnes aisées ont tendance à se comporter de manière plus écologique que les autres groupes, du moins en ce qui concerne l'achat de produits biologiques.

Frauen verhalten sich tendenziell umweltfreundlicher als Männer

Die Aussagen zum eigenen Umweltverhalten legen nahe, dass sich Frauen tendenziell umweltfreundlicher verhalten als Männer und dass – zumindest was den Kauf von Bioprodukten anbelangt – umweltfreundliches Verhalten auch durch höhere Bildung und eine gute finanzielle Situation begünstigt wird. Punkto Bioprodukte zeigt eine genauere Analyse, dass bei den finanziell gut gestellten Personen Frauen sich häufiger für Bioprodukte entscheiden als Männer, während bei den finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsteilen kein signifikanter Geschlechterunterschied festgestellt werden kann. Ähnliches ergibt auch der Vergleich zwischen Stadt und Land: Bioprodukte werden von Frauen und Männern in ländlichen Gebieten, aber auch von Männern aus städtischen Gebieten in etwa gleichermassen nachgefragt, wohingegen Frauen in städtischen Gebieten signifikant häufiger zu solchen greifen. Des Weiteren scheinen Bioprodukte in der französischsprachigen Schweiz beliebter zu sein als in den anderen Sprachregionen.

Links

www.bfs.admin.ch

Die vollständige Erhebung «Umweltqualität und Umweltverhalten» steht auf der Seite des BFS zur Verfügung.

www.roadtobern.swiss

Unter dem Label «Road to Bern» organisiert das BFS in diesem Jahr eine Reihe von Veranstaltungen und bringt seine Expertise verstärkt in die Diskussion über die in der Agenda 2030 festgehaltenen Ziele der nachhaltigen Entwicklung ein. Fluchtpunkt ist das dritte Weltdataforum der Vereinten Nationen, das vom 18. bis 21. Oktober 2020 in Bern stattfindet.

DOI

10.5281/zenodo.3716167

Zum Autor

Laurent Zecha arbeitet beim Bundesamt für Statistik in der Sektion Umwelt, Nachhaltige Entwicklung, Raum als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er ist unter anderem Projektleiter der Erhebung «Umweltqualität und Umweltverhalten».



NETZWERK *RÉSEAU*

Personalia

Académies suisses des sciences

Prix Média Newcomer

Les Académies suisses des sciences veulent rafraîchir le journalisme scientifique. Elles recherchent donc de nouvelles formes et de nouveaux formats sur le thème de la recherche et de la science. Le Prix Média Newcomer offre une plateforme aux jeunes journalistes. La procédure de candidature est simple : les talents de moins de 31 ans décrivent leur idée dans un court résumé. Un jury des Académies sélectionne les trois idées les plus originales. Le ou la lauréat·e sera finalement choisi·e dans le cadre d'un vote public. Les prix sont dotés d'un montant total de 13 000 francs suisses. La date limite pour l'envoi des candidatures est fixée au 30 avril 2020.

www.prixmedia.ch



Antonio Loprieno und Marcel Tanner

Akademien der Wissenschaften Schweiz

Marcel Tanner neuer Präsident ad interim

Am 1. Februar übernahm Marcel Tanner das Präsidium der Akademien der Wissenschaften Schweiz. Marcel Tanner war Professor für Parasitologie und Epidemiologie der Universität Basel, wo er bis zu seiner Emeritierung 2017 30 Jahre lang gelehrt und geforscht hatte. Er war Direktor des Swiss THP (Schweizerisches Tropen- und Public-Health-Institut) und Initiator von Programmen und Forschungspartnerschaften in Europa, Afrika und Asien. Marcel Tanner übernimmt das Präsidium ad interim zusätzlich zu seiner Funktion als Präsident der Akademien der Naturwissenschaften Schweiz, das er seit 2016 innehat, in der entscheidenden Phase der Konkretisierung der Mehrjahresplanung 2021–2024. Sein Vorgänger Antonio Loprieno hatte Ende 2019 nach seiner Wahl zum Präsidenten der Jacobs University in Bremen den Rücktritt erklärt.

www.akademien-schweiz.ch

Conseil de fondation du Fonds national suisse

Jürg Stahl élu président

Le Conseil de fondation du Fonds national suisse s'est constitué pour la période administrative 2020-2023 et a élu Jürg Stahl à sa présidence. Il succède à Felicitas Pauss, ancienne présidente ad interim depuis avril 2018. Le Conseil veille au maintien du but de la fondation, en supervisant les activités des différents organes. À ses côtés, Maria Schönbächler, représentant les Académies, a été élue au poste de vice-présidente.

Jürg Stahl, également à la tête de Swiss Olympic depuis trois ans, n'est pas sans expérience. Il a auparavant présidé la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national, après y avoir siégé pendant cinq ans. C'est notamment grâce à cette expérience qu'il compte guider cette organisation tout au long de son mandat. Le FNS, qu'il qualifie de succès helvétique, dispose d'un budget d'un milliard de francs à investir dans le soutien à la recherche scientifique.

www.snf.ch



Max Bergman

Schweizerische Akademische Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie

Max Bergman neuer Präsident

Anfang 2020 übernahm Manfred Max Bergman, Ordinarius für Sozialforschung und Methodik an der Universität Basel, das Präsidium der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie (saguf). Max Bergman ist Forschungsrat des Schweizerischen Nationalfonds, Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Uganda und des Sustainable Development Solutions Network, einer globalen Initiative der Vereinten Nationen. Ausserdem ist er Vorsitzender des World Sustainability Forum und des Basler Nachhaltigkeitsforums. Seine derzeitigen Forschungsprojekte befassen sich mit Nachhaltigkeit in Indien und China und mit der Verbindung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Max Bergman folgt als Präsident auf Michael Stauffacher, Titularprofessor an der ETH Zürich und an selber Stelle Co-Direktor des TdLab (Transdisziplinaritätslabor) sowie Vorstandsmitglied der SAGW, der die saguf seit 2009 geführt hatte. Während seiner Amtszeit wurde die saguf als volles (vorher assoziiertes) Mitglied der SAGW aufgenommen. Damit ist saguf Mitglied sowohl der naturwissenschaftlichen wie der geistes- und sozialwissenschaftlichen Akademie.

www.naturwissenschaften.ch/organisations/saguf



Sibylle Meier

Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde

Sibylle Meier neue Geschäftsführerin

Am 1. Februar übernahm Sibylle Meier die Geschäftsführung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde (SGV). Sie folgte auf Sabine Eggmann, welche die Geschäfte der SGV elf Jahre lang geführt und sich um eine inhaltliche institutionelle Konsolidierung verdient gemacht hatte. Sibylle Meier studierte an der Universität und der Schule für Gestaltung in Basel Kunstgeschichte und Grafik und ist Journalistin mit Berufsausweis. Nebst den allgemeinen Arbeiten als Geschäftsführerin wird ihr Fokus auf der Öffentlichkeitsarbeit und der digitalen Entwicklung der SGV liegen. Als Herausgeberin und Gestalterin des Basler Museumsmagazins «Artinside» ist sie sowohl mit analoger als auch mit digitaler Kommunikation bestens vertraut. Die SGV setzt sich ein für die Erforschung und die wissenschaftliche Kommunikation des Alltagslebens und der Volkskultur in der Schweiz. Sie zählt rund 1300 Mitglieder.

www.volkskunde.ch



Céline Wenger

Schweizerische Gesellschaft für Theaterkultur

Céline Wenger neue Leiterin des Sekretariats

Seit Anfang 2020 leitet Céline Wenger das Sekretariat der Schweizerischen Gesellschaft für Theaterkultur (SGTK). Sie folgt auf den Fernsehjournalisten Jean-Marc Heuberger, der sich zehn Jahre lang in dieser Funktion engagierte und sich als Vorstandsmitglied weiterhin in der SGTK engagiert.

Céline Wenger studierte internationale Beziehungen in Genf und absolvierte anschliessend eine Schauspielausbildung in Berlin. Sie arbeitete als freie Schauspielerin in Theater-, Film- und Fernsehproduktionen und später für das internationale «Belluard Festival» in Freiburg im Bereich Fundraising und Kommunikation. Im Jahr 2013 schloss sie an der Universität Basel einen MAS in Kulturmanagement ab. Seit 2014 ist sie Geschäftsführerin des Festivals «Wildwuchs» in Basel. Mit dem personellen Wechsel zügelt die Geschäftsstelle der SGTK von Zürich nach Basel. Die 1927 gegründete SGTK verfolgt das Ziel, das Theaterleben in der Schweiz zu würdigen und zu dokumentieren sowie den Dialog zwischen Forschenden, Theater-schaffenden und Publikum zu fördern.

www.mimos.ch

4 Fragen

an

Flavio Eichmann



Flavio Eichmann ist promovierter Historiker und arbeitet seit Anfang 2020 in einem Pensum von 80 Prozent als Generalsekretär der rund 1500 Mitglieder zählenden Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte.

Herr Eichmann, Sie sind seit Anfang Jahr Generalsekretär der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG). Sind Sie gut gestartet?

Ich bin sehr gut gestartet und gleich von Beginn an mit vielfältigen und herausfordernden Geschäften konfrontiert worden – und damit meine ich nicht nur, Gesuche bei der SAGW einzureichen. Im Zusammenhang mit der Crypto-Leaks-Affäre haben wir gerade sehr viel Medienpräsenz.

Sie haben 2016 in Bern mit einer Arbeit zu Krieg und Revolution in der Karibik in den Jahrzehnten um 1800 mit Bestnote promoviert. Hat Sie eine klassische akademische Laufbahn nicht geizt?

Es wäre gelogen, zu sagen, ich hätte mir nie überlegt, eine Professur anzustreben. Nach dem Abschluss der Dissertation gab es die Option, zu habilitieren oder im angelsächsischen Raum Fuss zu fassen. Doch ich fragte mich: Was sind langfristig eigentlich meine Chancen? Und will ich das eigentlich? Zudem hat meine Frau auch eine Karriere. Warum sollte meine wichtiger sein als ihre? Ich habe schon nach dem Lizentiat ein Hochschulpraktikum gemacht und wusste: Es gibt auch ausserhalb der Wissenschaft interessante Stellen.

Auf der Website der SGG steht, Ihnen werde es gelingen, «die bereits erreichte Professionalisierung auszubauen». Was gilt es noch auszubauen?

Ich habe das Glück, dass meine Vorgängerin Peppina Beeli, die zehn Jahre im Amt war, sehr viel wichtige Aufbauarbeit geleistet hat. Das Generalsekretariat verfügt heute immerhin über 130 Stellenprozent; unter meiner Vorvorgängerin waren es nur 20 ... In gewissen Bereichen kann die SGG aber sicher noch profes-

sioneller werden und mehr machen: Ich denke dabei etwa an den Dialog mit unseren Mitgliedern, den wir stärker ins Zentrum rücken könnten, oder an den Austausch zwischen unseren Sektionen. Auch sollte die SGG meiner Meinung nach etwas mehr politische Schlagkraft gewinnen und den Austausch mit einem überparteilichen Netzwerk von Politikern pflegen. Wo die Geschichte direkt betroffen ist, beispielsweise bei Gesetzen im Archivwesen, kann die SGG noch präsenter sein.

Eine Tagung der SGG letzten Herbst zur Geschlechtergerechtigkeit in den Geschichtswissenschaften hielt fest, dass «strukturelle Veränderungen» nötig seien, um das Ziel der Geschlechterparität erreichen zu können. Was trägt die SGG dazu bei, dieses Ziel zu erreichen?

Konkrete Massnahmen kann die SGG nicht ergreifen. Diese liegen vor allem in der Verantwortung der Hochschulen. Aber die SGG kann für das Thema Geschlechtergerechtigkeit in den Geschichtswissenschaften sensibilisieren und eine Debatte darüber anstossen – ein Panorama öffnen mit möglichen Lösungsansätzen, wie dies an der Tagung letzten Herbst auch geschah. Es ist zwar schwer zu glauben, aber es gibt immer noch Leute, die auf diesem Auge nahezu blind sind.

●

Agenda***19.05.2020**

13.30–17.30 Uhr

Colloque « Les sciences humaines et sociales et l'innovation : créer le changement »

ASSH, Université de Neuchâtel

06.07.2020

8.30–17.00 Uhr

Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft, Zürich

«Berufsfeld Geisteswissenschaften»

Reihe «Wissensorte» in der Serie «La Suisse existe – La Suisse n'existe pas»

SIK-ISEA, Ringier AG, Zürich, Landesmuseum Zürich

03./04.09.202014.00–17.00 / 9.00–16.00 Uhr
Universität Bern, Unitobler

«THATCamp critique DIGITALE kritik»

Reihe «Wissensorte» in der Serie «La Suisse existe – La Suisse n'existe pas»
infoclio.ch

10.09.202014.00–18.00 Uhr
Maison des Académies, Berne

« Les vocabulaires nationaux comme lieux de savoir, tradition et actualité des modes d'accès aux connaissances »

Cycle « Lieux de savoir » dans la série « La Suisse existe – La Suisse n'existe pas »
Glossaire des patois de la Suisse romande GPSR

14.09.20209.00–18.00 Uhr
Kursaal Bern

Tagung «Altersfreundliche Umgebungen: integrierte Wohn- und Sozialräume als Chance für alle!»

SAGW

19.09.202016.00–18.00 Uhr
Bibliothek Werner Oechslin, Einsiedeln

«Gespräch zu den Wissensformen ... zum Buch und zur Bibliothek als Wissensort»

Reihe «Wissensorte» in der Serie «La Suisse existe – La Suisse n'existe pas»
Stiftung Bibliothek Werner Oechslin

15./16.10.202014.00–18.00 / 9.30–12.30 Uhr
Universität de Lausanne, Anthropole

« Le religieux : une odyssee de l'espace. Approches comparées »

Cycle « Lieux de savoir » dans la série « La Suisse existe – La Suisse n'existe pas »
Société suisse pour la science des religions SSSR-SGR

21.10.20209.30–17.00 Uhr
Allresto, Bern

«Macht und Ohnmacht der Medizin» / «Pouvoir et impuissance de la médecine»

Abschlussveranstaltung der Medical-Humanities-Reihe «Macht und Medizin» / colloque final de la série Medical Humanities «Pouvoir et médecine»
SAGW

22.10.202018.00–20.00 Uhr
Basler Afrika Bibliographien, Basel

«Dekolonisierung von Wissen? Afrikasammlungen kuratieren & popularisieren»

Reihe «Wissensorte» in der Serie «La Suisse existe – La Suisse n'existe pas»
Schweizerische Gesellschaft für Afrikastudien SGAS

23.10.20209.30–17.00 Uhr
Universität Bern, Unitobler

«Wissensorte als Wissenshubs der gelehrten Eidgenossenschaft (1400–1800)»

Reihe «Wissensorte» in der Serie «La Suisse existe – La Suisse n'existe pas»
Repertorium Academicum (REPAC)

24.10.20209.30–17.00 Uhr
Robinson-Bibliothek im Kunst-(Zeug-) Haus, Rapperswil-Jona

«Wissen | Zeigen: Digitale Vermittlung von Text, Bild, Objekt»

Reihe «Wissensorte» in der Serie «La Suisse existe – La Suisse n'existe pas»
Swiss Association of University Teachers of English (SAUTE)

29.10.2020

Allresto, Bern

«Neue Wege der Datenerhebung und -analyse»

SAGW

13./14.11.202010.00–20.00 / 10.00–16.00 Uhr
Bibliothèque de Genève, Bastions

« Penser le patrimoine et la recherche à l'ère numérique »

Cycle « Lieux de savoir » dans la série « La Suisse existe – La Suisse n'existe pas »
Société suisse d'histoire, Maison de l'histoire, Bibliothèque de Genève

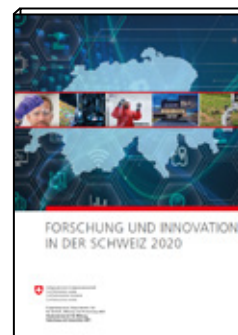
25.11.202014.00–17.00 / 19.00–20.30 Uhr
Kunstmuseum Basel

Workshop/Expertenroundtable «Wissensort Museum»

Reihe «Wissensorte» in der Serie «La Suisse existe – La Suisse n'existe pas»
VKKS-ASHHA, Kunstmuseum Basel

* Veranstaltungen, die bei Redaktionsschluss (noch) nicht abgesagt waren

Publications et projets



Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Studie über die Karrierewege von promovierten Politikwissenschaftlern

Wie verlaufen die Karrierewege von Politikwissenschaftlern nach dem Doktorat? Die Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft führte 2019 eine Umfrage durch bei Personen, die zwischen 2008 und 2018 von einer Schweizer Universität einen Dokortitel in Politologie verliehen bekamen, sowie bei Postdocs, die im Juni 2019 an Schweizer Universitäten arbeiteten. Rund 40 Prozent aller Promovenden im Untersuchungszeitraum arbeiteten 2019 noch an einer Schweizer Universität. Die Resultate zeigen, dass die Gründe, eine Stelle ausserhalb der akademischen Welt anzutreten, eher bei Push-Faktoren (schlechte Karriereaussichten in Universitäten) denn bei Pull-Faktoren (Attraktivität von nicht akademischen Karrieren) liegen. Die Autoren der Studie empfehlen unter anderem eine offene Debatte über die Zahl und die Karrierechancen von Doktoranden in den Politikwissenschaften sowie über die Frage, wie Politologen im Übergang ins ausserakademische Berufsfeld unterstützt werden könnten. Die Studie wurde von der SAGW finanziell unterstützt.

Borgeat, Quentin, Jasmine Lorenzini and Pascal Sciarini (2020): Doctors and postdocs in political science in Switzerland. A study conducted by the Swiss Political Science Association. DOI: 10.5281/zenodo.3676778.

ASSH

« Wissensorte – Lieux de savoir » : nouveau cycle dans la série « La Suisse existe – La Suisse n'existe pas »

Qu'ils soient réels ou virtuels, d'hier ou d'aujourd'hui, d'ici ou d'ailleurs, c'est aux lieux de savoir que l'ASSH a décidé de consacrer son septième cycle de manifestations placé sous le label « La Suisse existe – La Suisse n'existe pas ». Un appel à projets a été lancé en automne 2019 auprès des sociétés membres, ainsi que, pour la première fois, auprès des entreprises, des commissions et des curatoriums de l'Académie. L'objectif était de mettre sur pied une série riche et variée qui reflète notamment les différentes fonctions des lieux de savoir – gardiens des connaissances, espaces de partage et de rencontre ou attributs du pouvoir –, les enjeux qu'ils représentent pour la société, les défis comme les nouvelles possibilités qui sont les leurs au gré de l'évolution constante des médias. Cette thématique invite aussi à réfléchir sur l'influence concrète qu'exercent les espaces matériels comme immatériels sur la façon dont les savoirs sont produits, organisés, conservés, mis en relation les uns avec les autres et sur les caractéristiques de notre société actuelle dite « société de la connaissance ». L'appel à propositions a suscité un bel intérêt : le public pourra ainsi assister, d'avril à décembre 2020, à une douzaine d'événements traitant de la question des lieux de savoir du point de vue de disciplines aussi diverses que l'histoire des religions, l'art verrier, la dialectologie ou encore les études africaines.

www.lasuissexistepas.ch

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)

Bericht des Bundes evaluiert Forschungs- und Innovations- system

Der Bericht «Forschung und Innovation in der Schweiz 2020» stellt der Schweiz ein gutes Zeugnis aus: Bei den meisten der verwendeten Indikatoren zur Messung der Investitionen, Wechselwirkungen und Leistungen des Forschungs- und Innovationssystems steht die Schweiz im internationalen Vergleich an erster Stelle. Tendenziell seien die Unterschiede zwischen den Vergleichsländern aber kleiner geworden.

Der Bericht besteht aus drei Teilen: Teil A gibt einen allgemeinen Überblick über Rahmenbedingungen, Akteure und Finanzierung von Forschung und Innovation in der Schweiz; Teil B untersucht die Position der Schweiz im internationalen Kontext; Teil C besteht aus sieben wissenschaftlichen Teilstudien zu ausgewählten Aspekten, darunter Schutz des Eigentums, die Berufsbildung oder der Beitrag der Geistes- und Sozialwissenschaften (siehe S. 12 f. in diesem Heft).

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) (2020): Forschung und Innovation in der Schweiz 2020, Bern.



**Schweizerische
Musikforschende Gesellschaft**
**Musiklexikon der Schweiz
ist online**

Im Februar ging die Betaversion des Musiklexikons Schweiz (MLS) online. Es versammelt biografische Informationen zu Musikern und Musikerinnen – und soll ein Ausgangspunkt sein für ein neues Nachdenken über die Schweizer Musikgeschichte.

Das MLS geht zurück auf die Initiative der Musikwissenschaftlerin Irène Minder-Jeaneret. Partner fand sie in der Schweizerischen Musikforschenden Gesellschaft (SMG) und dem Schweizer Musikrat. Die Grundlage für das nun vorliegende Lexikon legte ein Projektteam unter der Leitung von Cristina Urchueguía, Professorin für Musikwissenschaften an der Universität Bern und Präsidentin der SMG.

Das MLS steht im Zeichen der digitalen Verdichtung und Vernetzung. Es enthält zurzeit nur wenig neues Material, aber verknüpft Daten und Texte, die teils bereits online zur Verfügung standen und teils retrodigitalisiert wurden. Die Stichwortliste umfasste bei der Publikation 6800 Einträge mit 13 500 indexierten Artikeln, die via Metagrid mit weiteren Angeboten vernetzt sind. Die Projektgruppe strebt eine inhaltliche Erweiterung an: denn die bisherigen Lexika gäben «ein völlig falsches Bild» der Schweizer Musiklandschaft, sagt Cristina Urchueguía. «Vereine und Institutionen prägen das musikalische Leben in der Schweiz und nicht einzelne grosse Komponisten.»

<https://mls.0807.dasch.swiss>



All European Academies (Allea)
**Soyons FAIR ! Allea publie
des recommandations pour un
échange de données durable
dans le domaine des sciences
humaines**

L'accès libre aux données de recherche et leur partage font désormais partie intégrante des bonnes pratiques scientifiques et se retrouvent de plus en plus dans la planification stratégique des organismes de financement. La fédération All European Academies (Allea) publie désormais des recommandations qui doivent servir de lignes directrices pratiques pour les scientifiques, les organismes de financement de la recherche et les décideurs politiques dans la perspective d'une culture durable d'échange de données.

La publication est intitulée « Sustainable and FAIR Data Sharing in the Humanities » et se base sur les principes internationaux FAIR qui visent à assurer la trouvabilité, l'accessibilité, l'interopérabilité et la réutilisation des données (Findable, Accessible, Interoperable, Reusable). Elle a été développée par le groupe de travail Allea « E-Humanities » ; la Suisse y est représentée par Gerhard Lauer (Université de Bâle) et Beat Immenhauser (Académies suisses des sciences, ASSH).

All European Academies (2020) : Sustainable and FAIR Data Sharing in the Humanities : Recommendations of the ALLEA Working Group E-Humanities. DOI : 10.7486/DR1.tq582c863.



ASSH
**Les communes suisses
investissent dans une
politique favorable aux aînés**

Au début de l'année, le rapport de l'étude « Environnements favorables aux personnes âgées en Suisse » a été publié. Cette étude d'ampleur nationale visait à investiguer sur les mesures communales existantes pour faire face à l'accroissement de la population âgée. Ce vieillissement démographique représente un défi important pour la Suisse, raison pour laquelle la « a+ Swiss Platform Ageing Society » a mandaté cette étude. Conçue par l'ASSH en collaboration avec l'Union des villes suisses ainsi que l'Association des Communes Suisses, elle a ensuite été effectuée par la gfs.bern. Au terme de cette recherche, à laquelle 927 communes ont participé, il ressort clairement que, bien que les villes et les communes investissent dans une politique favorable aux aînés, un besoin d'action politique se fait sentir dans les domaines spécifiques du logement, des transports publics et de la mobilité. Les communes de Lyss (BE), de Chavannes-près-Renens (VD) et de Cadenazzo (TI) se distinguent quant à elles comme des lieux particulièrement favorables aux aînés. Ces communes arborent des politiques inclusives élaborées en collaboration avec les différentes parties prenantes, pour l'amélioration de la qualité de vie des aînés, et plus globalement de la population.

gfs.bern (2020) : Environnements favorables aux personnes âgées en Suisse. Étude commandée par la a+ Swiss Platform Ageing Society. DOI : 10.5281/zenodo.3607685.



Eröffnung des Forschungsinstituts «Kulturen der Alpen» – Uri wird Hochschulkanton

Der Kanton Uri schafft in Zusammenarbeit mit der Universität Luzern ein universitäres Forschungsinstitut in Altdorf. Das Institut «Kulturen der Alpen» wurde Ende Februar offiziell eröffnet. In den Räumlichkeiten der Dätwyler-Stiftung arbeiten Doktorierende zu regionalen und gesamtalpinen Fragen im Kontext globaler Herausforderungen. Das erste grössere Projekt befasst sich mit der Erschliessung des alpinen Raums mit Seilbahnen.

Finanziert wird das Institut durch den Kanton Uri, die Dätwyler-Stiftung und mit Geldern aus dem Programm der «Neuen Regionalpolitik» (NRP), aus dem Bund und Kantone seit 2008 unter anderem Bergregionen in ihrer regionalwirtschaftlichen Entwicklung unterstützen. Das Institut wird zunächst für eine Pilotprojektphase von drei Jahren betrieben.

www.kulturen-der-alpen.ch

Vocabolario dei dialetti della Svizzera italiana

Il diario di Giovanni Anastasia : edizione di un «egodocumento» finora sconosciuto

Il Vocabolario dei dialetti della Svizzera italiana, in collaborazione con il Museo del Malcantone, ha condotto a termine un progetto di ricerca su un testo di sicura evidenza nel panorama degli «egodocumenti»: il voluminoso diario di Giovanni Anastasia, contadino vissuto nel comune ticinese di Breno dal 1797 al 1883. Per la continuità del dato registrato e la varietà degli argomenti affrontati, esso costituisce una fonte sorprendente, finora sconosciuta alla storiografia. Le circa 4500 annotazioni giornaliere, vergate tra il 1817 e il 1866, racchiudono notizie di grande interesse sulle condizioni di vita e sulle attività economiche; alle descrizioni di fatti di cronaca locale si alternano anche resoconti di avvenimenti storici cruciali per il periodo ottocentesco, ma i passaggi di maggiore intensità sono probabilmente quelli che riguardano la vicenda individuale dello scrivente e le sue relazioni nel contesto locale.

L'opera editoriale è ripartita su quattro volumi: i primi tre contengono la trascrizione integrale commentata del diario, mentre nel quarto trovano spazio saggi e altri strumenti utili alla sua contestualizzazione.

Ceccarelli, Giovanna, Daniele Pedrazzini e Damiano Robbiani (2019): «Ogni cosa è mal incaminata». Il diario di Giovanni Anastasia (1797-1883), contadino di Breno, Curio-Bellinzona, 4 volumi, 880 pagine.

Vereinigung der Kunsthistorikerinnen und der Kunsthistoriker in der Schweiz (VKKS)

Mentoring-Programm soll Kunsthistorikern den Einstieg ins Berufsleben erleichtern

Das Berufsspektrum nach einem Studium der Kunstgeschichte hat sich in den letzten Jahrzehnten stetig ausgeweitet und stark verändert. Die Berufsbilder sind vielfältig und die Karrieren alles andere als gradlinig. Um jungen Kunsthistorikerinnen und Kunsthistorikern den Berufseinstieg zu erleichtern, greift die VKKS auf die bewährte Technik des Mentorings zurück, die sich seit den 1990er-Jahren neuer Beliebtheit erfreut, und entwickelt diese fachspezifisch weiter. 2020 begann eine dreijährige Pilotphase des neuen Mentoring-Programms: Erfahrene VKKS-Mitglieder aus allen Berufsfeldern der Kunstgeschichte werden mit Studierenden, Studienabgängerinnen oder Wiedereinsteigern vernetzt, um während eines Jahres in einem engen Austausch zusammenzuarbeiten, wobei auch Fragen zur Laufbahnplanung diskutiert und geklärt werden können. Das Mentoring dauert ein Jahr und beinhaltet vier bis sechs Treffen. Das Programm soll im September starten. Mentees können sich bis Ende Mai bewerben.

www.vkks.ch



Jahrbuch Interdisziplinäre Anthropologie: grundsätzliche evolutionäre Fragen zur sozialen Ungleichheit

Soziale Ungleichheit und ihre Folgen stellen ein massives Problem für die Stabilität moderner menschlicher Gesellschaften dar – und sind ein Beispiel für ein grundlegendes Problem der evolutionären Anthropologie: der Dynamik der Koevolution zwischen kultureller Veränderung und evolutionärer Anpassung. Dieser Befund ist ein Ausgangspunkt des Ende 2019 erschienenen Jahrbuchs «Interdisziplinäre Anthropologie». Die Herausgeber Gerald Hartung (Wuppertal) und Matthias Herrgen (Darmstadt) wählten einen primatologisch-ethologischen Zugang zum Thema, in dem «die Sozialität nicht menschlicher Primaten» analysiert wird, und stellen die Frage: Welche Auswirkungen hätte eine Anerkennung der Ungleichheit als Faktum in biologischer, soziologischer, vielleicht sogar moralischer und politischer Hinsicht auf unsere Konzeption der *conditio humana*? Das Jahrbuch erschien im deutschen Springer-Verlag.

Hartung, Gerald und Matthias Herrgen (2019): Soziale Ungleichheit (Interdisziplinäre Anthropologie Jahrbuch 7), Wiesbaden, 232 Seiten.

Société Suisse d'Études Genre Nouvelle direction de la collection « Question de Genre »

La Société Suisse d'Études Genre, qui promeut ces études et met en réseau les chercheurs et chercheuses qui prennent part à la recherche scientifique de ce domaine, a repris la collection « Question de Genre » et en assure dorénavant la direction. Celle-ci réunit des travaux de recherche en sciences sociales et humaines qui adoptent une perspective de genre. Elle comporte non seulement un caractère interdisciplinaire, mais également multilingue, dans le but de favoriser le développement de liens entre des recherches reflétant des sensibilités linguistiques diverses. La collection, dotée d'un comité de lecture (peer review), est disponible en Open Access et publiée par les éditions Seismo.

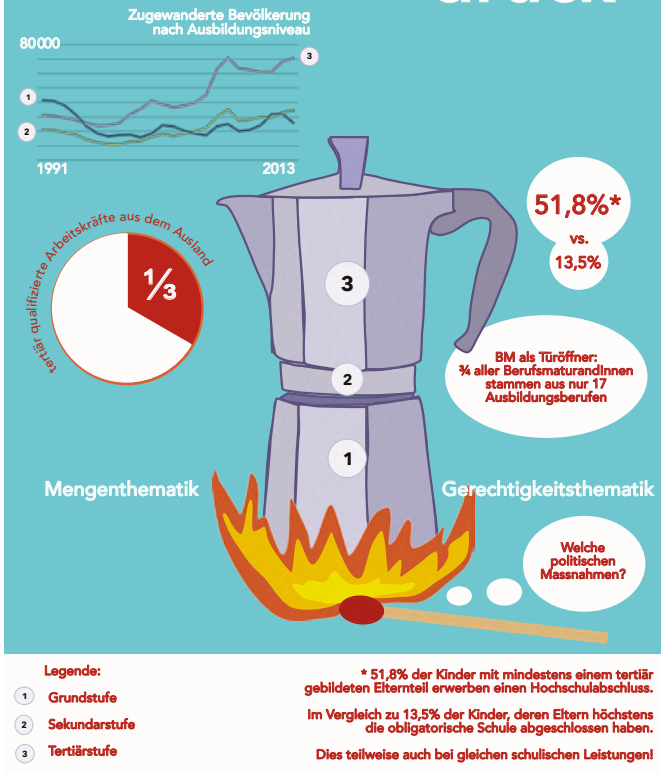
www.gendercampus.ch

Projet « D-scribes » et paléographie numérique : à l'aube d'une nouvelle discipline

En janvier dernier s'est tenue à Bâle la conférence internationale « Neo-Paleography : Analysing Ancient Handwritings in the Digital Age » qui, durant trois jours, a réuni près de vingt-cinq spécialistes d'écritures anciennes et d'analyse computationnelle des écritures, échangeant principalement sur les questions de classification des écritures et d'identification des scripteurs. Les vidéos des présentations et posters sont à présent accessibles en ligne. Cette conférence entre dans le cadre du projet « D-scribes », un projet à l'Université de Bâle, soutenu par le Fonds national (2018-2022) et dirigé par Isabelle Marthot-Santaniello. Tous les chercheuses et chercheurs intéressés par la paléographie numérique, quels que soient le type d'écriture, le support ou la période, sont invités à rejoindre la mailing-list dédiée. La conférence mentionnée a été soutenue par l'ASSH.

www.d-scribes.org

Tertiarisierungsdruck



«Wiblo» – neues Wissensmagazin online

Der Schweizer Wissenschaftsjournalismus ist um eine weitere Initiative reicher: Anfang Januar startete das neue Online-Wissenschaftsmagazin «Wiblo» (Eigenschreibweise WIBLO), gegründet durch ein Team aus aus jungen, wissenschaftsbegeisterten Personen mit unterschiedlichsten Berufen. «Wiblo» ist kostenlos und möchte mit online publizierten Berichten, Reportagen und Interviews und in enger Zusammenarbeit mit Forscherinnen und Forschern einen «anschaulichen Zugang zu faszinierenden, wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Schweizer Hochschul- und Forschungslandschaft» und den Steuerzahlern so einen «Return on Investment» bieten. Die ersten publizierten Artikel befassen sich mit so unterschiedlichen Themen wie dem Anstieg des Meeresspiegels, einer Neuedition des Parzival-Romans, die derzeit an der Universität Bern entsteht, der Herstellung von medizinischer Evidenz oder antibiotikaresistenten Bakterien.

www.wiblo.ch

ASSH

« La pression de la tertiarisation » : un nouveau rapport aborde les défis pour le système de formation

Il y aura à l'avenir une hausse de la demande de formations au niveau tertiaire. C'est ce que révèlent des indicateurs sur les besoins actuels et futurs en main-d'œuvre spécialisée et sur les aspirations familiales en matière de formation. On attend du système éducatif qu'il permette à un nombre plus important de jeunes gens de se former dans le degré tertiaire. À l'horizon du message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation 2021-2024, la question se pose de savoir comment attirer les jeunes vers les formations supérieures et comment améliorer la perméabilité du système de formation.

« La pression de la tertiarisation », rapport rédigé par les chercheuses en formation Irene Kriesi et Regula Julia Leemann et publié en mars par l'ASSH, esquisse le contexte de la pression de tertiarisation.

Il présente la situation actuelle et les problématiques centrales des filières de formation menant au système tertiaire et aux hautes écoles, avant de décrire les critères individuels débouchant sur des inégalités d'accès à la formation tertiaire. Il évoque également les caractéristiques institutionnelles qui favorisent ou compliquent la perméabilité et donc l'accès au système tertiaire.

Le rapport s'appuie sur les résultats empiriques d'enquêtes menées en Suisse. Par degré tertiaire, on entend les études dans les hautes écoles et les formations professionnelles supérieures.

Kriesi, Irene et Regula Julia Leemann (2020) : La pression de la tertiarisation – Défis pour le système de formation, le marché du travail et l'individu, éd. par l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (Swiss Academies Communications 15,6). DOI : 10.5281/zenodo.3678547.

4 Fragen an

Sebastian Bächler



Sebastian Bächler ist Gründer des Magazins «Wiblo».

Sebastian Bächler, das Wissenschaftsmagazin «Wiblo» ist seit Anfang Jahr online. Sind Sie zufrieden mit dem Start?

Ja, sehr, vielen Dank! In den ersten 6 Wochen konnten wir bereits rund 700 Leserinnen und Leser gewinnen. Dennoch ist es zu früh, um valable Schlüsse ziehen zu können. Wir setzen zu 100 Prozent auf Onlineinhalte und fokussieren uns dabei primär auf die Darstellung auf mobilen Geräten. Um unsere Reichweite zu erhöhen, setzen wir auch auf ausgewählte Social-Media-Kanäle. Wir möchten aber klar unsere eigene Community aufbauen und versuchen deshalb, möglichst alle Leser für die Anmeldung unseres eigenen Newsletters zu überzeugen. Wir möchten möglichst unabhängig von den Giganten Facebook, Instagram und LinkedIn operieren können.

Wissenschaftsjournalismus lässt sich kaum finanzieren. Die Texte auf «Wiblo» stehen kostenlos zur Verfügung. Wie sieht Ihr Finanzierungsmodell aus?

In den Aufbau von «Wiblo» sind bisher unzählige unbezahlte Stunden und ein paar tausend Franken an privaten Mitteln geflossen. Unsere Philosophie ist: «Zerschliedere u nâr lafere!» Wir haben nun unter Beweis gestellt, dass wir in regelmässigen Abständen sehr hochwertige Artikel mit unserem Netzwerk produzieren und publizieren können. Aktuell sind wir sehr auf Einzelspenden angewiesen. Nun gilt es, das Geschäftsmodell für «Wiblo» in die finanzielle Tragfähigkeit überzuführen. Nach einer geplanten Crowdfunding-Kampagne setzen wir auf einen breiten Mix aus Stiftungen, Privatpersonen, die öffentlicher Hand sowie Industrie.

Sie schreiben auf Ihrer Website, «Wiblo» möchte den Steuerzahlern einen «Return on Investment» bieten. Wie genau?

Der Return ist in Form von kostenlos lesbaren Artikeln auf unserer Website für alle erhältlich. Das Investment dazu haben alle Steuerzahler/-innen prinzipiell schon seit Jahren vorausbezahlt. Wir sehen uns nun als eine unabhängige Plattform, um objektiv über den Output und die Erkenntnisse unserer mittels Steuergeldern finanzierten Forschungsprojekte und über Schweizer Wissen zu berichten.

Die ersten publizierten Artikel befassen sich mit so unterschiedlichen Themen wie dem Anstieg des Meeresspiegels, einer Neuedition des Parzival-Romans und der Herstellung von medizinischer Evidenz. Auf welche Wissenschaftsbereiche wird sich «Wiblo» in Zukunft fokussieren?

Das als Wissenschaft bezeichnete Spektrum ist bekanntlich riesig. Diesem Spektrum möchten wir möglichst gerecht werden! «Wiblo» will in Zeiten der subjektiven und omnipräsenten Social-Media-News das dadurch unheimlich wichtig gewordene kritische Denken zur Meinungsbildung fördern und hilft damit auch der Stärkung unserer Wissensnation Schweiz.

Das letzte Wort

«Die Leitlinien der Wohnungspolitik sind nicht in Stein gemeisselt»

Florian Müller

Die Wogen gingen hoch im Vorfeld der Abstimmung zur Wohnbauförderungsvorlage. In der hitzigen Debatte prangerten die Befürworter und Befürworterinnen der bundesstaatlichen Wohnbauförderung die «Spekulation» an und erhoben den Urnengang zur Frage, ob den Vermietern «mehr Profit oder billige Wohnungen» für die Bevölkerung ermöglicht werden sollten. Die Gegenseite verlautete demgegenüber, dass die Vorlage «in erster Linie ein politisches Ziel», nämlich die «Verstaatlichung des Wohnungsbaues», verfolge.

Diese Zitate mögen bekannt vorkommen. Die Rede ist hier allerdings nicht von der Volksinitiative für «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieter- und Mieterinnenverbands, über welche die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 9. Februar dieses Jahres abgestimmt haben. Es handelt sich um Voten zur Abstimmung vom 29. Januar 1950, als die Stimmbürger gegen die Verlängerung der bundesstaatlichen Wohnbauförderung entschieden, die 1942 aufgrund der kriegsbedingten Wohnungsnot eingeführt worden war.

Historische Parallelen

Die politische Sprache zeigt weitere eklatante argumentative Parallelen: Die Privatwirtschaft, so erklärten die Befürworter 1950 wie 2020, habe es versäumt, die Bevölkerung mit bezahlbaren und angemessenen Wohnungen zu versorgen. Es sei ein soziales Gebot des Bundes, die Wohnungsnot zu bekämpfen und das geeignete Mittel stelle hierfür die Unterstützung gemeinnütziger Genossenschaften dar. Die Gegner verwiesen hingegen damals wie heute auf die sich beruhigende Lage auf dem Wohnungsmarkt und bezweifelten, dass die Genossenschaften für die wirklich Bedürftigen bauten. Zudem würden die Subventionen Gefahren bergen, indem sie die private Initiative hemmten.

Diese Parallelen sind kein Zufall. Bundesstaatliche Wohnbauvorlagen haben es in der Schweiz traditionell schwierig. Im Rückblick erweisen sich die Paradigmen, dass der Wohnungsbau in erster Linie durch privatwirtschaftliche Akteure erfolgen solle und die Wohnungspolitik eine lokale Aufgabe der Kantone und Gemeinden darstelle, als auffallend beständig.

Orientierungswissen

Die Frage nach der angemessenen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum ist eine immanent gesellschaftliche Frage, die stets aufs Neue verhandelt wird. Sollte ein möglichst hoher Anteil der Wohnungen von gemeinnützigen Trägern erstellt werden? Ist Wohneigentum für möglichst breite Bevölkerungsschichten erstrebenswert? Was ist ein angemessener Profit auf Mietwohnungen? Solche Fragen sind Beispiele für gesellschaftliche Debatten, die sich nicht eindeutig anhand von unumstösslichen Logiken oder Gesetzmässigkeiten beantworten lassen, sondern grundsätzlich Ausdruck gesellschaftlicher Wertevorstellungen und machtpolitischer Aushandlungsprozesse sind.

Hier übernehmen die Geistes- und Sozialwissenschaften eine wichtige Rolle. Indem sie die Entwicklungen einordnen und die Bedingungen der heutigen Verhältnisse nicht einfach als gegeben hinnehmen, schaffen sie die Voraussetzungen für eine informierte und demokratische Debatte. Es sind Fragebereiche wie diese, welche die Bedeutung der geisteswissenschaftlichen Expertise herausstreichen, deren Nützlichkeit in den letzten Jahren erneut angezweifelt wurde, und gleichzeitig im Zuge der Orientierungslosigkeit der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Umwälzungen zunehmend nachgefragt werden.

●
In der Rubrik «Das letzte Wort» schreiben junge Forscherinnen und Forscher über Geistes- und Sozialwissenschaften. Der Autor nominiert für die nächste Ausgabe eine Person, deren Text er gerne lesen würde. Nominiert für die Ausgabe 2/2020 ist: Isabel Martínez, Universität St. Gallen.

Zum Autor

Florian Müller ist wissenschaftlicher Assistent an der Universität Zürich und an der Fernuni Schweiz. Er doktoriert zur historischen Entwicklung des Wohnungsbaus und der Wohnungspolitik in der Schweiz.



Impressum

Bulletin 26, 1. April 2020.

Das Bulletin kann auf der Website der SAGW kostenlos abonniert werden.

Auflage

2500

Redaktion

Heinz Nauer, unter Mitarbeit von Fabienne Jan (französische Texte, Übersetzungen), Elodie Lopez (französische Texte), Marlene Iseli (Dossier) und Howald Fosco Biberstein (Bildessay)

Bilder

Titelbild: © suschaa / photocase.de
Seite 4: © Johnny Miller / unequalscenes.com
Seite 6: © Kathrin Schulthess
Seite 9: Pixabay (Javier Ocampo Zuluaga)
Seite 10: Screenshot (erstellt auf SRF online)
Seite 19: © Lenz Mosbacher
Seite 23: © Bernard Schlup
Seite 26: © Mark Henley
Seite 41: © Emme Biberstein
Seite 47: Screenshot (erstellt auf Youtube)

Gestaltung

Howald Fosco Biberstein, Basel

Druck

rubmedia AG, Wabern / Bern

DOI

DOI: 10.5281/zenodo.3718586



Dies ist eine Open-Access-Publikation, lizenziert unter der Lizenz Creative Commons Attribution. Der Inhalt dieser Publikation darf demnach uneingeschränkt und in allen Formen genutzt, geteilt und wiedergegeben werden, solange der Urheber und die Quelle angemessen angegeben werden. Das Verwertungsrecht bleibt bei den Autorinnen und Autoren der Artikel. Sie gewähren Dritten das Recht, den Artikel gemäss der Creative-Commons-Lizenzvereinbarung zu verwenden, zu reproduzieren und weiterzugeben. Autorinnen und Autoren wird empfohlen, ihre Daten in Repositorien zu veröffentlichen.

printed in
switzerland



Wir legen Wert auf eine nachhaltige Produktion.

Wir legen Wert auf eine nachhaltige Produktion. Gedruckt wird mit Strom aus Wasserkraft. Die Farbe ist frei von Mineralöl, potenziell toxischen Metalltrocknern, ist energiesparend und besitzt das Gold-Zertifikat Cradle-to-Cradle. Das Recyclingpapier Refutura ist nach dem Standard «Blauer Engel» zertifiziert. Die Folie für die Verpackung ist zu 80% aus nachwachsenden Rohstoff hergestellt worden.



ISSN 1420-6560